

# DP

**DEUTSCHE POLIZEI**

09/21

Das Magazin  
der Gewerkschaft  
der Polizei



20 Jahre 9/11

# Wir erinnern



**POLIZEI**

In Kooperation mit der  
**Gewerkschaft  
der Polizei  
(GdP)**

## Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551, [polizei-info@pvag.de](mailto:polizei-info@pvag.de)  
[www.pvag.de](http://www.pvag.de)

**PVAG** Die Polizeiversicherung der  
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

**SIGNAL IDUNA**  
gut zu wissen



## IN EIGENER SACHE

Der „kleine“ GdP-Wahlcheck in der August-Ausgabe ist auf ein überwiegend positives Echo gestoßen. Einigen Lesenden ist jedoch das vermeintliche Versehen der Redaktion aufgefallen, keinen Spitzenkandidaten der Alternative für Deutschland (AfD) zu Wort kommen zu lassen. Deshalb ist es also an dieser Stelle noch einmal angebracht, auf den Mitte März vom Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gefassten Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der AfD hinzuweisen. Alles Notwendige dazu finden Interessierte auf Seite 2 der Aprilausgabe oder auf [gdp.de](http://gdp.de). Auch unser erneuter Wahlcheck konzentriert sich daher auf die übrigen aktuell im Bundestag vertretenen Parteien.

Mit welcher mörderischer Wucht die Ereignisse des 11. September 2001 die Welt verändern würden, hatte sich vor 20 Jahren eigentlich niemand vorstellen können. Auch Terrorexperte und Autor Berndt Georg Thamm nicht. Er widmete damals seine Anfang September erschienene DP-Titelgeschichte aggressiven fundamental-religiösen Gruppierungen.

„Gotteskrieger tragen Terror nach Europa“ hieß es später auf dem Cover, das neben dieser unheilvollen Prophezeiung das Antlitz des Drahtziehers der Anschläge auf die World-Trade-Center-Türme und den Sitz des US-Verteidigungsministeriums in Washington D.C. zeigte: Osama bin Laden. Mehr als 3.000 Menschen verloren bei diesem minutiös geplanten Massenmord ihr Leben. Womöglich wären noch viel mehr gestorben, hätten nicht beherzte Fluggäste die Attentäter des vierten entführten Flugzeugs gezwungen, die Maschine vor einem weiteren mutmaßlichen Ziel zum Absturz zu bringen.

Wir erinnern an 9/11 und baten dazu Zeitzeugen aus ihren jeweiligen Perspektiven auf die noch immer unfassbaren, schrecklichen Ereignisse dieses Tages zurückzublicken.

Und das in einer Zeit, in der Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban eine ungewisse Zukunft bevorsteht.

Michael Zielasko  
DP-Chefredakteur



Foto: Precision/Keystone/Photo

Zehn Zeitzeugen teilen ihre Erinnerungen an

## 9/11

DP dankt allen Interviewten.

### Innenleben

- 9 Zuversicht geben
- 21 Bereitschaftsdienst und Ruhezeit
- 22 Grundgesetz: Das Beste, was Deutschland passieren konnte
- 32 Ideensteinbruch für Einmischer
- 36 Zukunft in eigener Hand

### Hinterfragt

- 4 Der GdP-Wahlcheck 2021

### Hilfreich

- 16 Für den Aufnahmetest vorbereitet

### Hingeschaut

- 12 Forschung for Future
- 28 Es gibt keine Verlierer- oder Gewinnerbürger

### 40 Eure Meinung

### 40 Impressum

## VORANKÜNDIGUNG

# FÜR UNS. FÜR MORGEN

27. Ordentlicher Bundeskongress  
12. - 14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft  
der Polizei

# 9/11

## Wie gebannt die Fernsbilder gesehen



Foto: GdP

Konrad Freiberg war von 2000 bis 2010 Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). So erlebte er den 11. September 2001. Das Bild zeigt ihn auf dem GdP-Bundeskongress 2010 in Berlin.

### **DP: Konrad, erinnerst du dich wie du von dem Anschlag erfahren hast?**

**Konrad Freiberg:** Daran erinnere ich mich noch genau. Ich fuhr im Auto von Hamburg nach Bremen zu einem Termin in der Bürgerschaft und hörte im Radio, dass ein Flugzeug in den Tower geflogen ist. Furchtbar! Zuerst dachte ich an ein Unglück. Aber bei der zweiten Maschine war klar: Das ist ein Anschlag. In der Bürgerschaft habe ich dann wie gebannt die Bilder im Fernsehen gesehen.

### **DP: Was ging dir durch den Kopf?**

**Freiberg:** Bis heute sah ich diese Bilder bestimmt tausend Mal. Die brannten sich bei uns allen ein. Menschen, die aus den Fenstern sprangen. Das war zunächst unbegreiflich. Damals ahnte auch noch keiner, welche Folgen das auf die Welt haben wird. Als GdP waren wir mit einer Delegation später in New York. Da wurde mir erst bewusst, wie stark die USA getroffen waren. Das kann, glaube ich, kein Mensch ermessen, der nicht die Mentalität der Amerikaner kennt und was das für sie bedeutet hat.

### **DP: Welchen Einfluss hatte 9/11 für die Sicherheit hierzulande?**

**Freiberg:** Das Ereignis hatte weitreichende Folgen. Die Gespräche mit Otto Schily werde ich nicht vergessen. Die Maßnahmen, die er traf, schufen nicht nur gesetzliche Veränderungen. Er legte Sicherheitspakete auf, die auch organisatorische, personelle und finanzielle Veränderungen mit sich brachten. Das war ein ungeheures Ausmaß, dass es so vorher noch nie gegeben hat. Das war herausragend.

### **DP: Hat der Terroranschlag seitdem an Nachhaltigkeit verloren?**

**Freiberg:** 9/11 stellte damals unsere gesamte Sicherheitsarchitektur auf den Kopf. Das Thema Islamismus hatte oberste Priorität. Die Gefahren existieren nach wie vor. Jedoch gibt es durch neue Bedrohungen und neue Formen der Kriminalität auch neue Herausforderungen. Dennoch wirkt sich dieses Ereignis weiterhin auf unsere Arbeit und auf die Prioritätensetzung der Polizei aus.

*Das Gespräch führte Danica Bensmail.*



Foto: Ernesto Moraga



POLIZEITHEMEN: EIN GENAUERER BLICK IN DIE WAHLPROGRAMME

# Der GdP-Wahlcheck 2021

Nach dem „kleinen“ GdP-Wahlcheck in der DP-Augustausgabe mit Aussagen der Spitzenkandidierenden von CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE nun ein genauerer Blick in die Wahlprogramme der Parteien. Wir stellen diesen ausgewählte GdP-Forderungen aus der laufenden Kampagne **#100fuer100** gegenüber. Es geht um mehr Wertschätzung, bessere Ausstattung und gute Gesetze. Eine Einordnung.

Jeldrik Grups

## Wir fordern: Mehr Wertschätzung für unseren Dienst.

Wertschätzung für Polizeiarbeit beginnt mit einem Bekenntnis zur guten Arbeit und der wichtigen Rolle, die Polizeibeschäftigte für die Gesellschaft und die Sicherheit hierzulande einnehmen. In den Wahlprogrammen findet sich ein solches bei fast allen Parteien wieder. DIE LINKE bildet die Ausnahme. Zum Vorschein kommt ein in den Reihen dieser Partei scheinbar vorhandenes Misstrauen gegenüber der Polizei.

Wertschätzung muss sich im Konkreten zeigen. DIE LINKE erkennt zumindest an, dass die „Arbeitsbedingungen für viele Polizist\*innen [...] von Belastungen und Überstunden geprägt [sind]“, was sie ändern will, indem „Arbeitsbedingungen verbesser[t]“ werden sollen. Auch fordert sie „eine moderne Personalmitbestimmung für die Polizei“. Die SPD schreibt, sie wolle „die Strukturen der Sicherheitsbehörden“ verbessern, was sich auch in einem „modernen Dienstrecht, guten Arbeitsbedingungen [...] widerspiegeln“ müsse.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben an, der Umstand, dass Deutschland ein siche-

res Land sei, liege „auch an der guten Arbeit der Polizei“, weshalb sie diese stärken wollen – „in der Stadt und auf dem Land, analog und digital“. Am konkretesten sind die Vorschläge der CDU/CSU. Die Union kündigt beispielsweise an, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage prüfen zu wollen. Auch sollen Schadenersatzregelungen im Falle von Beleidigungen im Dienst im Sinne der davon Betroffenen verbessert werden: Der Staat solle die Zahlung an die Beleidigten vorstrecken und sich das Geld nachträglich zurückholen.

Noch kantenschärfer erscheinen die Einlassungen der Parteien zur Wertschätzung bei der Frage, ob und wie sie sich angesichts der seit längerem zunehmenden Gewalt gegen Einsatzkräfte positionieren. Das Spektrum reicht von sehr konkreten strafrechtlichen Vorschlägen (CDU), Forderungen nach besserer Dokumentation (FDP) über eine Leerstelle bei diesem Thema (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beziehungsweise allgemeine Bekenntnisse (SPD) hin zu etwas, das sich eher als eine Umkehr von Ursache und Wirkung lesen lässt (DIE LINKE).

Mitentscheidend für die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten bei der Polizei – somit eng verbunden mit der Wertschätzung – ist, welche Rolle die Parteien für die Aus- und Fortbildung bei der Polizei vorse-

### WERTSCHÄTZUNG

**CDU CSU**

„Polizisten [...] genießen ein besonders großes Vertrauen. Ihrem Einsatz gebühren unser Respekt und unsere Unterstützung.“

**SPD**

„Polizist\*innen und Rettungsdienste wie auch Behördenmitarbeiter\*innen [...] verdienen Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit.“

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

„Die Polizist\*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden.“

**Freie  
Demokraten  
FDP**

„[...] die große Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet eine hervorragende Arbeit. Es darf daher keinen Generalverdacht gegenüber unserer Polizei geben.“

**DIE LINKE.**

„Vielfach werden Einsatzstrategien angewandt, die einer Demokratie widersprechen. So entsteht eine Polizeikultur, die missbräuchliche Gewaltanwendung zulässt und befördert!“

SICHERHEIT



„... werden wir die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf sechs Monate, für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft erhöhen und damit als Verbrechen einstufen.



„Es ist unakzeptabel, dass Polizist\*innen [...] zunehmend angegriffen und beleidigt werden.



keine Aussage



„Wir verurteilen Angriffe auf Einsatzkräfte scharf. Deshalb fordern wir eine bessere Dokumentation von Gewalt und Übergriffen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sowie andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.



„Die Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte wollen wir rückgängig machen.

AUSBILDUNG

„Wir wollen ... Aus- und Fortbildung verbessern.

„Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizist\*innen an.

„Der Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir durch die Ermöglichung von mehr Supervision, Fort- und Weiterbildungen sowie guten Arbeitsbedingungen entgegen

„Wichtige Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling.

„Besondere Belastungen im Dienst sollen regelmäßig, beispielsweise im Rahmen von Supervision, nachbereitet werden.

„Die digitale Kompetenz in den Sicherheitsbehörden wollen wir stärken.

„Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Radikalisierung, Extremismus und Rassismus müssen in der Ausbildung [obwohl sie im internationalen Vergleich besonders gut ist] ebenso wie die Sensibilität für Diskriminierung eine stärkere Rolle spielen.

„Polizist\*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung.

„Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen, Fortbildungen zu Vielfalt und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische Betreuung. Ziel ist es, Beamt\*innen bei der Bewältigung ihrer Erfahrungen zu unterstützen und die Verfestigung diskriminierender Einstellungen zu verhindern.

hen. Es beginnt bei unkonkreten, inhaltlich wenig aufschlussreichen Bekenntnissen der CDU/CSU für eine Verbesserung und endet bei den Mitbewerbern mit deutlich zielgerichteteren Plänen. Diese besagen, dass der

Aus- und Fortbildung sowie der Supervision eine Schlüsselrolle zukomme. Die Beschäftigten der Polizei würden gefördert, fit gemacht mit dem Ziel, sie für den Umgang mit den Belastungen und Herausforderungen

des Arbeitsalltags zu stärken. Den Weg des Wie beschreiten die Parteien jedoch sehr unterschiedlich.



**DP-Autor Jeldrik Grups ist Gewerkschaftssekretär in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er hat sich über die Programme der Parteien zur Bundestagswahl am 26. September gebeugt.**

Foto: privat

## AUSSTATTUNG

**CDU CSU**

„Unsere Sicherheitsbehörden haben wir personell, materiell und strategisch massiv gestärkt. Diesen Weg setzen wir fort.“

**SPD**

„Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizist\*innen an.“

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

„Wir streiten für eine technisch und personell gut ausgestattete und zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen.“

**Freie  
Demokraten  
FDP**

„... fordern eine bessere und funktionale Personal- und Sachausstattung für die Polizei. Dafür wollen wir entsprechende Mittel bereitstellen und die Infrastruktur schaffen.“

**DIE LINKE.**

„Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende Ausstattung mit Maschinenpistolen, [...] Taser, den Einsatz von Gummigeschossen [...] lehnen wir ab. Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv einschränken [...]“

## Wir fordern: Eine Ausstattung, auf die wir zählen können.

Zumindest auf abstrakter Ebene lässt sich – mit Ausnahme von DIE LINKE – ein nahezu einhelliges Bekenntnis zu einer notwendigen Verbesserung beziehungsweise Weiterentwicklung der polizeilichen Ausstattung ausmachen. Übrigens sowohl materiell-sachlich als auch personell.

Unterschiede werden vor allem hinsichtlich des Detailgrades der Forderungen sowie mit Blick auf die Zielrichtung der angestrebten Verbesserungen von Personal- und Sachausstattung und deren sachlich-inhaltlicher Schwerpunktsetzung erkennbar.

CDU/CSU haben als einzige die „flächendeckende Verwendung von Bodycams – auch bei Einsätzen in Wohnräumen“ im Wahlprogramm als explizites Ziel benannt. Dadurch wollen sie ermöglichen, dass „Einsatzsituationen beweisicher aufgezeichnet, Angreifer erkannt und Straftaten leichter verfolgt werden“. Bei den meisten anderen Parteien (außer DIE LINKE, der eher eine Rück- als eine Weiterentwicklung der polizeilichen Ausstattung vorzuschweben scheint) wird eine politische Notwendigkeit für eine Verbesserung der Ausrüstung deutlich – und zwar vor al-

lem im Digitalen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN etwa sind der Meinung, „[s]ichere und leistungsfähige Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT und klar geregelten Kompetenzen, ist [...] eine Grundvoraussetzung moderner Polizeiarbeit“. Und auch die FDP möchte „mit einem Digitalpakt dafür sorgen, dass Polizistinnen und Polizisten in Deutschland mit dem neuesten Stand der Technik und mit kompatiblen IT-Infrastrukturen ausgerüstet sind“. Ähnlich auch die SPD, die nötige Verbesserungen der Ausstattung der Polizei in Verbindung mit digitalem Fortschritt bringt, indem sie zugibt: „Zur Verfolgung von aus dem oder im Internet begangenen Straftaten braucht es technisch und personell hinreichend ausgestattete Strafverfolgungsbehörden.“

Bei der ausreichenden personellen Ausstattung sind sich die Parteien weitestgehend einig. Selbst DIE LINKE gesteht ein, dass es „mehr Personal im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen [brauche], das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann“ – eine Forderung, die sich ganz ähnlich bei CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liest. Auch sie sprechen sich für eine stärkere Polizeipräsenz im öffentlichen Raum aus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußert sich jedoch konkreter als die anderen Parteien. Sie will einerseits „[d]en früheren Personal-

abbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt [...] durch eine Offensive bei der Besetzung offener Stellen beheben und gleichzeitig spezialisierte Ausbildungen und Studiengänge ermöglichen“. Zugleich wird „mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes – Personal“ gefordert. Dieses solle „gut geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können“. Ideen, wie solch spezialisiertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen sei, erläutert wiederum die CDU. Sie schlägt vor, dass „neue Wege etwa bei der Vergütung beschritten werden, insbesondere im Bereich hochspezialisierter IT-Berufe. Die Einführung von Zulagen für IT-Fachkräfte ist ein richtiger Schritt, wird aber nicht ausreichen. Es erfordert grundsätzlich mehr Kreativität bei der Personalgewinnung und eine Flexibilisierung des Personaleinsatzes über Ressortgrenzen hinweg sowie zwischen Bund, Ländern und Kommunen“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zufolge ist im öffentlichen Dienst zudem künftig „bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten“. Ein Anliegen, dass DIE LINKE teilt. Sie fordert, die „Zusammensetzung der Polizei muss die Bevölkerung widerspiegeln. Mittel dafür können anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten sein.“



## Wir fordern: Gute Gesetze für gute Polizeiarbeit.

Durchaus kontrovers stellen sich die Parteipläne für mögliche Weiterentwicklungen

der gesetzlichen Grundlagen für gute Polizeiarbeit dar.

Vor dem Hintergrund konkreter Rechtsgrundlagen für Polizeiarbeit erweist sich die Vorratsdatenspeicherung als das heißeste Eisen. Mit Ausnahme der SPD wird diese in allen anderen Programmen thematisiert. Sehr unterschiedlichen Ansichten äußern

die meisten Parteien – außer die SPD – zudem zur „Quellen-TKÜ“ und Online-Durchsuchung.

Heterogene Positionen können auch bei der „Automatisierten Gesichtserkennung im öffentlichen Raum“ leicht herausgearbeitet werden. Hinsichtlich dessen, was Künstliche Intelligenz (KI) für die Polizeiarbeit

### GESETZE / POLIZEIARBEIT



„Zeitgemäße[...] Kompetenzen und Befugnisse. Wir wollen, dass überall in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleierfahndung kontrolliert werden darf. Den bislang für die Bundespolizei geltenden Grenzkorridor wollen wir dafür ausdehnen.



keine Aussage



„... für eine [...] zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen. Wir werden die Kontrollbefugnisse der Bundespolizei so ausgestalten, dass sie nicht mehr zu Racial Profiling führen



„Statt immer weitergehender Überwachungsbefugnisse wollen wir Polizei und Justiz von unnötiger Bürokratie befreien. [D]ie besten Gesetze helfen nicht weiter, wenn sie [...] nicht durchgesetzt werden können.



„Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern durch Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei lehnen wir ab. Es braucht klare Regeln, um Racial Profiling zu verhindern: Verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagrafen wie im Bundespolizeigesetz müssen gestrichen werden.

### VORRATSDATENSPEICHERUNG

„... eine grundrechtskonforme Regelung [...] zu schaffen, die den Einsatz der sogenannten Vorratsdatenspeicherung als schärfster Waffe im Kampf gegen den Kindesmissbrauch ermöglicht.

keine Aussage

„... die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, [...] lehnen wir ab.

„... lehnen die anlasslose Speicherung personenbezogener Daten ab. Dies gilt insbesondere für die [...] Vorratsdatenspeicherung [...]. Stattdessen schlagen wir Quick-Freeze-Verfahren als grundrechtsschonende Alternative vor.

„Die Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunkverbindungen und -standorten muss verboten werden.

künftig leisten soll, haben sich CDU/CSU explizit positioniert. So sollen zum einen „Eingriffsbefugnisse angepasst werden. Dazu gehört, die Möglichkeit der Künstlichen Intelligenz zu nutzen, um frühzeitig Strukturen erkennen und ihnen entgegenwirken zu können. Daten, die bei Ermittlungen anfallen, können so besser und zielgerichteter ausgewertet werden“. Des Weiteren spricht sich die Union dafür aus, künftig softwaregestützte Werkzeuge verstärkt zum Einsatz

kommen zu lassen, mit deren Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen ließen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN äußern sich – auch zum Themenfeld KI – nicht explizit mit klarem Bezug zur Polizeiarbeit, wohl aber allgemein mit Blick „auf KI in der Verwaltung“. Sie fordern „strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidungen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung“.

#### QUELLEN-TKÜ / ONLINE-DURCHSUCHUNG

**CDU CSU**



„Die Voraussetzungen für die Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung – sowohl bei der Gefahrenabwehr als auch bei der Strafverfolgung – wollen wir bundesweit anpassen, sodass diese Instrumente rechtssicher und effektiv eingesetzt werden können.

keine Aussage



„... das Infiltrieren von technischen Geräten (Online-Durchsuchung bzw. Quellen-TKÜ) lehnen wir ab.

**Freie Demokraten**  
FDP

„Solange nicht sicher gestellt ist, dass der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Menschen geschützt ist, hat [der Einsatz von Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung] zu unterbleiben.

**DIE LINKE.**

„Quellen Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner) müssen verboten werden.

#### GESICHTSERKENNUNG

„Um die Fahndung nach schweren Straftätern, Gefährdern und Terroristen zu verbessern, wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte Gesichtserkennung an Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden kann.

keine Aussage

„Den Einsatz biometrischer Identifizierung im öffentlichen Raum, wie beispielsweise Gesichtserkennung, lehnen wir ebenso wie die undifferenzierte Ausweitung der Videoüberwachung, ab.

„... lehnen den Einsatz der automatisierten Gesichtserkennung ab.

„Automatisierte Gesichtserkennung wollen wir verbieten. Wir brauchen stattdessen mehr Personal im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen, das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann.

FLUTKATASTROPHE

# Zuversicht geben

Michael Zielasko

Mitte Juli rissen verheerende Flutwellen Menschen aus ihrem Leben, brachten Wassermassen viele um ihre Existenz und hinterließen ein bislang unvorstellbares Maß an Zerstörung – vor allem jedoch Leid und Hilflosigkeit. Besonders stark betroffen sind Teile von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, unter den Opfern des Hochwassers auch Kolleginnen und Kollegen. Anpacken und helfen, den Menschen wieder Hoffnung geben, den Blick nach vorne richten und machen. Unmittelbar nach der Katastrophe hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf Spendenkonten hingewiesen. Noch immer sind finanzielle Hilfen willkommen.

## Zusammenhalt und Hoffnung

„Nach dieser Katastrophe, mit der nie jemand in Rheinland-Pfalz gerechnet hätte, geht es allen, insbesondere auch den polizeilichen Einsatzkräften darum, mit vereinten Kräften den Wiederaufbau zu bewältigen“, betonte die rheinland-pfälzische GdP-Vorsitzende Sabrina Kunz Mitte August. Dies funktioniere nur mit Zusammenhalt und wenn alle gemeinsam anpackten. Doch genau das habe sie persönlich im Einsatz vor Ort erlebt und erfahren, sagte sie DP.

Die Erlebnisse dort seien sehr individuell und unter dem Strich sehr belastend. „Im Einsatz und in der momentanen Situation spielt dies jedoch eine untergeordnete Rolle, die Einsatzbewältigung, der Wiederaufbau und die Hilfeleistung stehen im Vordergrund“, verdeutlichte die Gewerkschafterin. ■

Foto: Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik (Rheinland-Pfalz)

## Hilfskonten

### Polizeistiftung Rheinland-Pfalz

Sparda-Bank Südwest  
Stichwort: Unwetterkatastrophe 2021  
IBAN: DE15 5509 0500 0001 9899 79  
BIC: GENODEF1S01

### Polizeistiftung Nordrhein-Westfalen

Kreissparkasse Köln  
Stichwort: Kollegen-helfen  
IBAN: DE19 3705 0299 0000 0727 24  
BIC: COKSDE33XXX

### Bundespolizei-Stiftung

Sparda-Bank West eG  
Verwendungszweck: Unwetter-Opfer 2021  
IBAN: DE51 3706 0590 0000 6836 80  
BIC: GENODED1SPK

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hat zu Spenden für die Opfer der Flutkatastrophe aufgerufen:

### Gewerkschaften helfen e.V.

Nord LB  
Stichwort: Fluthilfe 2021  
IBAN: DE55 2505 0000 0152 0114 90  
BIC: NOLADE2HXXX



Foto: Ursula Barrenberg

Auf Einladung der GdP NRW besuchte der Bundesvorsitzende Oliver Malchow (m.) Ende Juli das Einsatzgebiet im Kreis Euskirchen. Gemeinsam mit Bundesvize und NRW-Landeschef Michael Mertens (r.) führte er Gespräche mit den Einsatzkräften und machte sich ein Bild der Einsatzbedingungen. „Die Solidarität der Menschen untereinander hier ist groß. Aus den Medien lässt sich das tatsächliche Ausmaß nicht ausreichend einschätzen. Es fällt schwer, dass alles in Worte zu fassen“, sagte Malchow.

# 9/11

## Erst vor Ort war es wirklich greifbar



New York: Surreale Bilder.

---

Kriminalhauptkommissar Uwe Kopei arbeitete von Oktober 2001 bis Januar 2003 als Verbindungsbeamter der „BAO USA“ in Washington D.C. Kopei unterstützte den Informationsaustausch mit dem Federal Bureau of Investigation (FBI).

---

### **DP: 11. September 2001, was geht Ihnen durch den Kopf?**

**Uwe Kopei:** Eigentlich zwei Erinnerungen. Als die Bilder im TV liefen, die das erste Flugzeug in einen der Türme des World Trade Centers fliegend zeigten, blieb mir der Atem weg. Ich hatte unmittelbar das Gefühl, dass dies kein Unfall gewesen sein konnte. Ebenso tief eingegraben, vermutlich sogar noch tiefer als die ersten TV-Bilder, ist der durch das FBI organisierte Besuch des Ground Zero, kurz nachdem ich in den USA angekommen war. Eigentlich wurde für mich erst dort die Wirklichkeit der menschlichen und emotionalen Tragödie persönlich greifbar. Was Terrorismus bedeutet, habe ich dort zum ersten Mal bewusst erlebt – und verstanden.

### **DP: Ist man angesichts dessen erst einmal Mensch oder rückt gleich der Beruf in den Vordergrund?**

**Kopei:** Nach einer kurzen Phase des ohnmächtigen Beobachtens am Fernseher schaltet man direkt in den Polizeimodus um. So habe ich, als die unmittelbare Anfrage der BKA-Staatsschutz-Abteilung kam, die dort eingerichtete BAO USA zu unterstützen, nicht gezögert und bin, obwohl ich zu der Zeit noch nahezu keinerlei Berührungspunkte mit dem Bereich hatte, auf unbestimmte Zeit zunächst

zum Standort Meckenheim und wenig später direkt nach Washington gegangen.

### **DP: Mit wem haben Sie zuerst über diese unfassbaren Nachrichten gesprochen?**

**Kopei:** Mit meinem damaligen Bürokollegen, zu dem ich auch privat ein sehr gutes und freundschaftliches Verhältnis hatte. Wir waren beide konsterniert, strukturiertes Arbeiten war am 11. September nicht mehr möglich und an den Folgetagen äußerst schwierig. Irgendwie spürte jeder sofort, dass dieser Anschlag die Welt verändert hat.

### **DP: Wie relevant, wie nachhaltig ist der Terroranschlag noch heute?**

**Kopei:** Er betrifft nicht unmittelbar die tägliche polizeiliche Praxis. In der öffentlichen Wahrnehmung hat der islamistische Terrorismus momentan nicht mehr die Brisanz, die er noch vor einigen Jahren besaß. Dennoch hat die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus insgesamt für die Politik und für die Polizei zurecht nicht an Priorität verloren. Das spiegelt sich auch in dem daraus resultierenden Ressourcenaufwuchs des Bundeskriminalamtes in den vergangenen und kommenden Jahren wider.

*Das Gespräch führte Michael Zielasko.*



Die Serviceplattform für  
kommunale Alkoholprävention



Hotline 08000 86 78 48

# VORTIV – VOR ORT AKTIV

**Die Serviceplattform für kommunale Alkoholprävention**

Gemeinsam sind wir stärker: Wir unterstützen Sie bei Ihrer Präventionsarbeit – aktiv vor Ort und digital. Auf [www.vortiv.de](http://www.vortiv.de) finden Sie bundesweite Angebote, zahlreiche Materialien und den direkten Kontakt zur individuellen Beratung.

Besuchen Sie uns unter [www.vortiv.de](http://www.vortiv.de) oder nutzen Sie unsere Beratungshotline 08000 86 78 48



[www.vortiv.de](http://www.vortiv.de)

**ALKOHOL?**  
Kenn dein Limit.



Bundeszentrale  
für  
gesundheitliche  
Aufklärung



Verband der Privaten  
Krankenversicherung

## Hingeschaut



Foto: fotografer/blick&art.de.com

GdP BEGLEITET AKTUELLE STUDIENVORHABEN

# Forschung for Future

MEGAVO, AMBOSafe und FÖV: Viele Polizeibeschäftigte hierzulande erhalten dieser Tage (zumeist elektronische) Post. Diese Abkürzungen spielen darin eine wichtige Rolle. Sie stehen für Forschungsprojekte und -institute, die sich mit Aspekten der Arbeit im öffentlichen Dienst und bei der Polizei befassen.

**Jeldrik Grups**

**A**lle drei Forschungsvorhaben begleitet die GdP auf die eine oder andere Weise, und hinter allen steckt das Ziel, anhand systematischer, wissenschaftlicher Erkenntnisse mittelfristig dazu beizutragen, polizeiliches Arbeiten und Tätigkeiten im öffentlichen Dienst künftig noch besser und sicherer zu machen.

Die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) untersucht mit dem MEGAVO-Forschungsprojekt, der „Polizeistudie“, drei Themenkomplexe: die Motivation hinter der Berufswahl, den Berufsalltag und die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Drei Jahre sollen unter Verwendung eines sogenannten Mixed-Methods-Ansatzes, der quantitative und qualitative Forschungsmethoden kombiniert, Informationen und Daten zu den Themenkomplexen gesammelt und ausgewertet werden.

Voraussichtlich im September und Oktober sollen in einem ersten Schritt alle Poli-

”

Im Winter 2020 hat das Bundesinnenministerium unsere GdP-Initiative aufgegriffen und die DHPol mit einer Studie zum Polizeialltag beauftragt. Ich bin froh, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nun die Möglichkeit haben, zurückzumelden, wie es ihnen mit Blick auf Motivation und Belastungsfaktoren bei der Arbeit geht. Die „MEGAVO-Polizeistudie“ begleite ich im beratenden Beirat.

**Jörg Radek**

Stellvertretender  
GdP-Bundesvorsitzender

”

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei, haben seit längerem mit Gewalt und Angriffen zu kämpfen. Die GdP hat bereits frühzeitig begonnen, das Thema zu problematisieren. Die Gewalt-Studie des FÖV in Speyer und AMBOSafe – mit der GdP als assoziierter Partner – unterstützen wir daher gerne.

**Dietmar Schilff**

Stellvertretender  
GdP-Bundesvorsitzender

zeibeschäftigten in Deutschland die Möglichkeit bekommen, sich durch das Beantworten eines von der DHPol entwickelten und mit Bund und Ländern abgestimmten Fragebogens an der Studie zu beteiligen. Herausgearbeitet werden soll, aus welchen Gründen sich Menschen für das Arbeiten bei der Polizei entscheiden und wie sich die Motivation für den Beruf womöglich im Laufe des Berufslebens verändert. Auf Bitten von Bundesinnenminister Horst Seehofer tritt der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als Mitglied eines sechsköpfigen Beirats, der die Forschenden der DHPol wissenschaftlich sowie mit einem Einblick in die Polizeipraxis beraten soll.

Beim AMBOSafe-Projekt (siehe DP 8/21, Seite 18) und bei der Studie des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer liegt der Schwerpunkt auf dem Ausmaß der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und möglichen Handlungsansätzen – vor allem angesichts dramatisch zunehmender Attacken gegenüber der Polizei und in anderen Teilbereichen des öffentlichen Dienstes. Umso wichtiger ist es, den vorhandenen Wissensstand über körperliche und verbale Angriffe auf Mitarbeitende von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wissenschaftlich genau zu erfassen, zu systematisieren und auszuweiten. Was bei beiden Studien erarbeitet werden soll, schafft eine Faktenbasis für Strategien und Lösungen.

Beide Forschungsvorhaben verfolgen einen höchst pragmatischen Ansatz und las-

sen einen direkten Mehrwert für die Arbeit der Beschäftigten erwarten. Schließlich sollen die Studien beispielsweise unmittelbar zur Entwicklung präventiver Ansätze in Aus- und Fortbildung und bei der kooperativen Einsatzplanung und -durchführung beitragen. Außerdem werden die Ergebnisse der beiden – jeweils von Bundesministerien geförderten – Untersuchungen über Hintergründe und Mechanismen von Gewalt gegen Beschäftigte sicherlich auch im politischen Raum rezipiert und zur Vorbereitung künftiger Strategien zur Bekämpfung dieses Phänomens herangezogen.

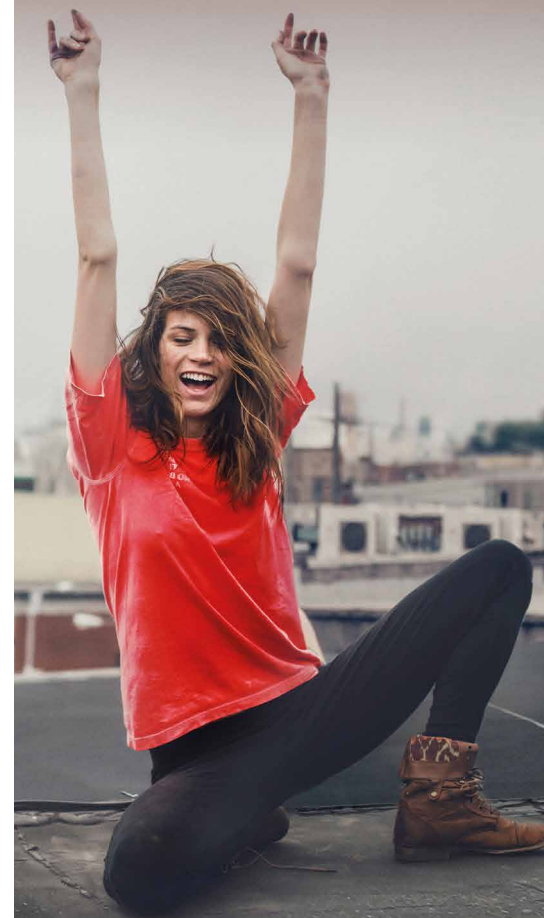
Dass die GdP AMBOSafe ebenso wie die auch auf Betreiben der GdP vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ins Rollen gebrachte FÖV-Studie nicht nur aktiv begleitet, sondern wohlwollend unterstützt (bei AMBOSafe agiert die GdP als assoziierter Partner), ist vor dem Hintergrund vielfältiger gewerkschaftspolitischer Aktivitäten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu diesem Thema nur folgerichtig. Es geht darum, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten für die Zukunft zu verbessern. Dafür kann ein systematischer wissenschaftlicher Blick nur von Nutzen sein. ■

|                            | <b>MEGAVO</b>   | <b>FÖV</b>  | <b>AMBOSafe</b>  |
|----------------------------|---|---|--|
| <b>Name des Projekts</b>   | Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten, die „Polizeistudie“  | Untersuchung zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und zu möglichen Handlungsansätzen  | Angriffe auf Mitarbeiter*innen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben  |
| <b>Wer forscht?</b>        | Deutsche Hochschule der Polizei, Münster (DHPol)  | Deutsches Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung, Speyer (FÖV)   | Bayerisches Rotes Kreuz, Kriminologische Zentralstelle, Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung  |
| <b>Wer fördert?</b>        | Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)  | Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)  | Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)   |
| <b>Ziel der Forschung</b>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erstellung eines Lagebildes bezüglich der (Entwicklung von) Motivation und Einstellungsmustern von Polizeibeschäftigten</li> <li>• Generierung von Wissen über Faktoren, die die Arbeitsmotivation (positiv wie negativ) beeinflussen können und die möglichen Einstellungsänderungen zugrunde liegen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung einer Faktenbasis für die Entwicklung nachhaltiger und differenzierter Strategien zum Umgang mit Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes</li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erweiterung des vorhandenen Wissensstands über körperliche und verbale Angriffe</li> <li>• Entwicklung präventiver Ansätze</li> </ul> |
| <b>Wer wird befragt?</b>   | Polizeibeschäftigte in Deutschland  | Beschäftigte und Behördenleitungen im ÖD  | Berufsgruppen mit „normdurchsetzender“ oder „helfender“ Funktion   |
| <b>Wie wird geforscht?</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollerhebung aller Polizeibeschäftigten des Bundes und der Länder</li> <li>• qualitative Experteninterviews und teilnehmende Beobachtungen</li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Metastudie zum aktuellen Forschungsstand zum Phänomen der Gewalt</li> <li>• Metastudie über Strategien, Maßnahmen und Initiativen zur Eindämmung der Gewalt</li> <li>• Befragungen zum Ausmaß der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Interviews</li> <li>• Onlinebefragungen</li> <li>• Aktenanalyse</li> </ul>  |
| <b>Internet</b>            | polizeistudie.de  | bit.ly/3zeFu3y  | ambosafe.de  |

# Exklusive Rabatte auf Internet & Festnetz für GdP-Mitglieder

<https://gdp.vorteilsangebote.de>

☎ 0911 /47 733 733



# 9/11

## Euphorie wie ein Luftballon geplatzt

New York: Rettungsarbeiten in den Trümmerbergen.

Foto: epa/ep, im/Watson/dpa



Foto: Franz-Peter Tschauner/dpa

Tomasz Waldoch ist Ehrenspielführer beim FC Gelsenkirchen-Schalke 04 e.V. Der heute 50-jährige Abwehrspieler musste mit den Königsblauen am Abend des 11. September 2001 deren Premierenspiel in der UEFA-Champions-League absolvieren.

**DP: Herr Waldoch, wie erinnern Sie sich an den 11. September 2001?**

**Tomasz Waldoch:** Ich habe gemischte Gefühle, wenn ich an den Tag zurückdenke. Einerseits freute ich mich damals sehr auf das Champions-League-Spiel, andererseits hat mich die schlimme Nachricht aus den USA sehr schockiert. Wir waren am Abend vor der Partie mit der Mannschaft im Hotel in Billerbeck bei Münster. Dort sah ich die Bilder aus New York erstmals. Das war so unfassbar, dass ich es gar nicht glauben konnte, dass das wirklich passiert ist.

**DP: Mit wem haben Sie zuerst über diese unfassbaren Nachrichten gesprochen?**

**Waldoch:** Ganz genau weiß ich das nicht mehr. Aber es wird ein Mitspieler gewesen sein. Ich rief auch meine Frau an, um mit ihr über die Geschehnisse zu sprechen.

**DP: Wie hat Ihre Mannschaft angesichts der unfassbaren Umstände reagiert?**

**Waldoch:** Trotz der furchtbaren Meldung haben wir als Team natürlich versucht, uns best-

möglich auf das Spiel vorzubereiten. Aber man merkte schon, dass jeder geschockt war. Auch die Motivation war nach der Nachricht nicht mehr so hoch. Wir wussten zuerst nicht, wie es weitergeht und ob das Spiel überhaupt stattfinden kann. Das war alles andere als ein normales Fußballspiel für uns.

**DP: Haben Sie Verständnis für die offizielle Entscheidung, das Spiel stattfinden zu lassen?**

**Waldoch:** Ja und nein. In der Saison zuvor hatten wir sehr gut gespielt und uns so für die Champions League qualifiziert. Deswegen haben wir uns im Vorfeld so sehr auf das Spiel gefreut. Die Partie war also ein absolutes Highlight für jeden. Aber die Gedanken an die Ereignisse in New York haben unsere Euphorie wie einen Luftballon platzen lassen. Im Nachhinein kann ich sagen, dass es besser gewesen wäre, das Spiel zu verlegen.

Das Gespräch führte Michael Zielasko.





Gewerkschaft  
der Polizei



# Das junge Girokonto<sup>1</sup>

Extrem flexibel.  
Auch auf lange Sicht.

- ✓ **0,- Euro fürs Girokonto<sup>1</sup>**  
Kostenfrei enthalten:  
Kontoführung und girocard  
(Ausgabe einer Debitkarte)<sup>1</sup>
- ✓ **Weltweit gebührenfrei<sup>2</sup>  
Geld abheben**  
mit der kostenfreien Visa DirectCard<sup>2</sup>  
(Ausgabe einer Debitkarte)



**150,-<sup>Euro</sup>**  
Jubiläumsprämie<sup>3</sup>



**Jetzt informieren**  
in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon unter 0721 141-0  
oder auf [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)



[www.bbbank.de/gdp](http://www.bbbank.de/gdp)

Folgen Sie uns



<sup>1</sup>Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. <sup>2</sup>36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a. danach 18,- Euro p. a. Voraussetzung: BBBank-Junges Konto. <sup>3</sup>Voraussetzungen: Die Jubiläumsprämie von 150,- Euro setzt sich aus einem befristeten Jubiläumsbonus in Höhe von 100,- Euro und einem unbefristeten Startguthaben für GdP-Mitglieder in Höhe von 50,- Euro zusammen. Voraussetzungen für den Jubiläumsbonus: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.08. und dem 30.09.2021, Neumitglied ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Voraussetzungen für das Startguthaben: BBBank-Junges Konto; Genossenschaftsanteil 15,- Euro/Berechtigter Personenkreis Mitglieder der GdP und deren Angehörige. Die Auszahlung erfolgt in 2 getrennten Buchungen und kann bis zu 4 Wochen dauern.

## Hilfreich

GdP-KOOPERATIONSPARTNER

# Für den Aufnahmetest vorbereitet

Von der Bewerbung bis zum Vorstellungsgespräch: Der Ausbildungspark ist ein Fachmedienverlag für den Berufseinstieg – insbesondere für den öffentlichen Dienst. Ab sofort ist er zudem Kooperationspartner der GdP. DP hat mit dem Geschäftsführer Marcus Mery gesprochen.

**Danica Bensmail**

### DP: Was ist der Hintergrund für die Kooperation mit der GdP?

**Marcus Mery:** Es ist eine Win-Win-Situation. Unsere Angebote und der 25-Prozent-Rabatt auf digitale Produkte bieten für die zahlreichen GdP-Mitglieder und Familien einen großen Mehrwert. Gleichzeitig interessieren sich unsere Follower und Kunden in großem Maße für Polizeithemen. Über uns kann die GdP potenzielle Polizistinnen und Polizis-

ten schon sehr früh über Gewerkschaftsthemen informieren. Gemeinsam können GdP und Ausbildungspark spannende Inhalte erzeugen und die jeweilige Bekanntheit vergrößern. Wir freuen uns auf eine produktive und erfolgreiche Bildungspartnerschaft.

### DP: Was ist der Ausbildungspark?

**Mery:** Wir sind ein Fachmedienverlag für den Berufseinstieg und Karrierethemen.

Unsere Bücher und Online-Tools helfen bei der Vorbereitung auf Auswahlverfahren aller Art, insbesondere im Öffentlichen Dienst, zum Beispiel bei der Landes- und Bundespolizei sowie dem Bundeskriminalamt. Das heißt, wir begleiten die Bewerbung, den Einstellungstest, das Vorstellungsgespräch und Assessment Center, indem wir jede Menge Testtraining, Anleitungen und Videos mit Tipps und Tricks anbieten.

### DP: Was zeichnet den Verlag aus?

**Mery:** Wir vermitteln alle relevanten Informationen für jede Etappe des Auswahlverfahrens und sind dabei besonders genau und aktuell. Im Testtraining bieten wir zum Beispiel ausführliche Erklärungen an, damit man auch Lösungswege verstehen und Hintergründe nachvollziehen kann. Wir stellen keine Aufgaben zum Auswendiglernen zur Verfügung, sondern um Verständnis aufbauen zu können. Wenn man relevante Aufgabentypen und Themenkomplexe lösen kann, fällt die Transferleistung unter Prüfungsstress leichter. Wer sich auf diese Weise vorbereitet, ist hinterher erfolgreicher.

### DP: Auf welchen Wegen vermittelt der Ausbildungspark Wissen?

**Mery:** Grundsätzlich auf interaktive Weise, sowohl online als auch offline. Wir haben



Als Mitglied der GdP erhältst du für dich und deine Angehörigen 25 Prozent auf alle eTrainer-Lizenzen – nicht nur für die Polizei, sondern alle dort angebotenen Berufe. Schreibe uns einfach eine E-Mail an [bildung-werbung@gdp.de](mailto:bildung-werbung@gdp.de) und füge bitte einen Nachweis deiner Mitgliedschaft bei.

**25%  
Rabatt  
für  
GdP-Mitglieder**



Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wehrt sich seit Langem gegen heruntergeschraubte Qualifikationshürden für Polizeibewerberinnen und -bewerber. Soweit das Politische. Eine gute Vorbereitung hilft Interessierten schon im Frühstadium einer möglichen Polizeilaufbahn zu erkennen, ob der Polizeiberuf etwas für einen sein kann. Und das hilft den mit der Einstellung befassten Kolleginnen und Kollegen.

ein breites Bücher-Portfolio mit Tests zum Ausfüllen und sehr viele digitale Angebote wie den „eTrainer“ und den „YouBot“. Damit kann man Einstellungstests realistisch simulieren und so für den Ernstfall üben. Der YouBot hilft dabei, in wenigen Minuten ein sehr gutes, berufsspezifisches Anschreiben zu erstellen, und zwar ohne selbst zu schreiben. Demnächst kann man auch den passenden Lebenslauf erzeugen. Wir arbeiten mit vielen Schulen und Bildungsträgern zusammen. Darüber hinaus bieten wir zahllose kostenlose Inhalte auf ausbildungspark.com. Dort sind die Online-Einstellungstests besonders gefragt, aber auch Berufsprofile, Erfahrungsberichte, Tipps für Bewerbung,

**Marcus Mery,**  
Geschäftsführer des  
Fachmedienverlags  
Ausbildungspark



Sporttests und vieles mehr. Immer beliebter werden unsere Inhalte auf YouTube, Tik Tok, Instagram und Facebook, wo wir unterhaltsame Erklärvideos und Info-Snacks teilen.

#### **DP: Für wen lohnt sich das?**

**Mery:** Für alle, die eine Berufsausbildung machen wollen oder ihre Eignung für ein Studium nachweisen müssen. Wer bereits im Berufsleben steckt und den Job wechseln möchte, wird ebenfalls fündig. Das gilt für den Polizeiberuf ebenso wie für Bundeswehr, Feuerwehr, Zoll, Verwaltung oder auch Handel, Technik, Handwerk, Pflege und mehr.

**DP: Vielen Dank für die Erläuterungen.**

ANZEIGE



Ein Angebot der el Leasing & Service AG Hannover

## Du träumst schon lange von einem richtig starken Bike?

Mach es jetzt zu deinem.  
Das Fahrrad von dem du immer geträumt hast.

**Unser Privatleasingangebot für GdP-Mitglieder bietet dir:**



**Exklusiv günstige Leasingraten**  
z.B. nur **65€\*** monatlich bei einem  
Anschaffungswert von **1899€**



**Rundumschutz, eine Wartung  
& Mobilitätsgarantie inklusive**



**Flexibilität & Sorglosigkeit**

#### **Wie funktioniert's?**

Einfach in unserm GdP Partner Portal die Leasingrate berechnen & einen Fachhändler in deiner Nähe finden!

\*Vertragslaufzeit 36 Monate

# 9/11

**Das Telefon  
stand nicht  
mehr still**



**New York: Staub, Asche,  
Fassungslosigkeit.**



Foto: Arne Dedert/dpa

Ulrich Kersten führte das Bundeskriminalamt (BKA) von 1996 bis 2004 an. Mit dem heute 80-Jährigen habe damals an der Spitze von Deutschlands zentraler Polizeibehörde ein kühler Jurist gestanden, der mit dem Kopf und nicht aus dem Bauch heraus gegen Terrorismus und Gewalt kämpfte, beschrieb ihn das Magazin „Stern“.

### **DP: Herr Kersten, der 11. September 2001 jährt sich zum 20. Mal? Woran denken Sie spontan?**

**Ulrich Kersten:** Zunächst an die entsetzlichen und erschütternden Bilder im Fernsehen, die uns zu Zeugen des unfassbaren, jede Vorstellung sprengenden Geschehens in New York und Washington werden ließen. Die verstörenden Bilder von der Steuerung der Flugzeuge in die beiden Türme des World Trade Center im Abstand weniger Minuten, von dem verheerenden Feuer und den riesigen Rauchschwaden, vom Einsturz der Twin Towers und von den vielen Menschen, die sich in ihrer verzweifelten Not in die Tiefe stürzten, waren kaum zu ertragen und werden für immer im Gedächtnis bleiben. Schnell war klar, dass diese monströsen terroristischen Anschläge die Welt verändern und nicht ohne Folgen bleiben würden.

### **DP: Haben Sie angesichts der dramatischen Lage und ihrer Bilder gleich in den Polizeimodus geschaltet oder schalten müssen?**

**Kersten:** Noch am Nachmittag des 11. September haben wir im Amt erörtert, inwieweit das BKA der amerikanischen Seite Unterstützung anbieten könnte. In der Nacht vom 11. auf den 12. September erreichte uns dann die Mitteilung der Amerikaner, dass drei der insgesamt 19 Flugzeugentführer – Mohamed Atta, Marwan al-Shehi und Ziad Jarrh – vor den Anschlägen längere Zeit in Hamburg gelebt hatten. Dies veränderte die Lage für uns grundsätzlich: Die deutschen Sicherheitsbehörden,

im Besonderen das Bundeskriminalamt, waren damit schlagartig vor die Herausforderung und die Verantwortung gestellt, alles zu unternehmen, um die Aktivitäten der Genannten im Vorfeld der Anschläge, ihr Umfeld und ihre Verbindungen, etwaige Mittäter und Helfer aufzuklären und zu ermitteln. Eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) wurde eingerichtet, der nach kurzer Zeit über 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA angehörten.

### **DP: Mit wem haben Sie zuerst über diese unfassbaren Nachrichten gesprochen?**

**Kersten:** Das Telefon stand nicht mehr still. Zu meinen ersten Gesprächspartnern gehörten neben BKA-Führungskräften Bundesinnenminister Otto Schily und der Generalbundesanwalt. Ich erinnere mich, dass der Minister fassungslos und bestürzt war. Im Übrigen ging es um die Frage, ob das BKA im Vorfeld irgendwelche Hinweise über die Attentäter erlangt hatte, die Absicht des Amtes eine BAO einzurichten und die übereinstimmende Auffassung, der amerikanischen Seite jedwede Unterstützung, insbesondere einen ständigen umfassenden Informationsaustausch, anzubieten.

### **DP: Hat der Terroranschlag von 9/11 über die beiden vergangenen Jahrzehnte an politischem Einfluss, an Nachhaltigkeit verloren?**

**Kersten:** Das sehe ich nicht. Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus besteht nach wie vor. Sicherlich haben sich Organisationsstrukturen und die Formen von Tatbegehungen geändert. Während zu Zeiten von 9/11

im wesentlichen Al Qaida für Terroranschläge weltweit verantwortlich zeichnete, stellt sich das Bild heute mit Blick auf diverse regionale Gruppierungen, die sich weiterhin – zumindest ideologisch – Al Qaida oder dem Islamischen Staat (IS) zurechnen, sehr viel aufgefächerter und differenzierter dar. Bezüglich der Tatbegehungen mag es sein, dass so große Anschläge, die ein hohes Maß an Planung, Vorbereitung, Logistik und Koordination verlangen, weniger wahrscheinlich geworden sind. Anschläge wie auf dem Berliner Breitscheidplatz und vergleichbar in Nizza und Barcelona, die auch von Einzelnen und mit relativ leicht verfügbaren Tatmitteln begangen werden können, unterstreichen jedoch die nach wie vor bestehende Gefährdung.

### **DP: Womöglich sind rechtsextremistische Anschläge in den Vordergrund gerückt?**

**Kersten:** Dass wegen vermehrter Anschläge mit rechtsextremistischen Motiven oder einem solchen Hintergrund gerade in den letzten Jahren – Beispiele sind die NSU-Mordserie, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, das Hanauer Attentat oder die Ermordung Walter Lübckes –, die Gefährdungen und Bedrohungen durch den Rechtsterrorismus in der Politik und im öffentlichen Diskurs zu Recht besonderes Gewicht haben, bedeutet aus meiner Sicht nicht, dass das Phänomen des islamistischen Terrorismus – in welcher Form auch immer – in der Politik und der Gesellschaft als weniger bedrohlich wahrgenommen wird.

*Das Gespräch führte Michael Zielasko.*

# 9/11

## Wir starrten auf die Bilder und waren wie gelähmt

Washington D.C.: Attacke auf das US-Verteidigungsministerium.



Foto: privat

Jörg Firley diente von 1984 bis 2005 als Berufssoldat bei der Luftwaffe der Deutschen Bundeswehr. Der Oberstleutnant a.D. wurde auf den Kampfflugzeugen Phantom und Tornado zum Waffensystemoffizier ausgebildet. Der heute 57-Jährige war unter anderem Leiter Einsatz im Einsatzgeschwader (EG) 1 im italienischen Piacenza und Repräsentant des EG 1 im Luftwaffenhauptquartier der NATO in Vicenza (Italien) für die Einsätze im ehemaligen Jugoslawien. Später fungierte er als Dezernent für luftgestützte Aufklärung im Luftwaffenführungskommando in Köln-Wahn.

### DP: Wie lief Ihr 11. September 2001 ab?

**Jörg Firley:** An diesem Tag saß ich in meinem Kölner Dezernenten-Büro. Nach den Luftwaffenwaffeneinsätzen im ehemaligen Jugoslawien hatten wir erstmals wieder etwas Zeit für Grundlagenarbeit. Dort beruhigte sich die Lage zusehends, und auch bei uns kehrte eine gewisse Normalität ein. Ich schrieb an einem Konzept, das künftige Strategien der Luftaufklärung darstellen sollte, als ich den Ruf hörte: „Kommt sofort alle in mein Büro“.

### DP: Sie sahen da die ersten Bilder?

**Firley:** Ja. Der Kamerad saß vor seinem Bildschirm. Es lief die „Tagesschau“. Die Bilder zeigten in der Wiederholung, wie ein Passagierflugzeug in einen der beiden New Yorker World-Trade-Center-Türme hineinfiel. Es herrschte absolute Stille, niemand sagte ein Wort. Wir starrten auf die Bilder und waren wie gelähmt.

### DP: Haben Sie in diesem Moment schon künftige Entwicklungen abschätzen können?

**Firley:** Zunächst einmal waren wir entsetzt. Jedoch glaube ich schon, dass uns allen klar war, was das für die nähere Zukunft bedeuten würde.

### DP: Was meinen Sie damit?

**Firley:** Wir sind innerhalb der US-amerikanischen Luftwaffe ausgebildet worden. Jeder von uns hat mindestens zwei Jahre in den USA zugebracht. Wir mussten davon ausgehen, dass die Amerikaner hart reagieren würden. Vielleicht hat deshalb keiner ein Wort gesagt.

### DP: Gab es von der Bundeswehrführung einen schnellen Befehl, sich in Bereitschaft zu versetzen? Zu diesem frühen Zeitpunkt war es unklar, ob womöglich auch europäische Ziele betroffen sein könnten.

**Firley:** Die sogenannten Alarmrotten der Jagdflieger waren natürlich alle sofort in höchster Bereitschaft. Die Tage darauf wartete die Politik erst einmal ab, wie die Antwort der Amerikaner ausfallen würde. Luftwaffenintern gab es – zumindest für uns Luftangriffskräfte – nach so kurzer Zeit noch keine Befehle.

### DP: Welches Szenario hätte sich abgespielt, wenn ein entführtes Flugzeug womöglich ein deutsches Ziel im Visier gehabt hätte?

**Firley:** Wir wussten selbstverständlich, dass kein westliches Land vor solchen Anschlägen sicher sein würde, es hätte sogar noch am selben Tag geschehen können. Angesichts dieses Angriffs hatten wir aus Pilotenkreisen sehr schnell angeregt, eigentlich schon gedrängt, ein Regelwerk für solche Lagen zu entwickeln, ein Was-wäre-wenn? ...

### DP: Was wäre denn wenn?

**Firley:** Die Debatten endeten in einem Luftsicherheitsgesetz, das vom Bundesverfassungsgericht am Ende aus einem einfachen Grund gekippt wurde. Der Artikel 1 des Grundgesetzes könne nicht so ausgelegt werden, dass eine Abwägung zwischen Menschenleben vorgenommen werden dürfe, also auch keine zwischen 60.000 Menschen in einem voll besetzten Fußballstadion und den Leben von 200 Flugpassagieren. Bis heute gibt es keine abschließende Lösung. Aus meiner Sicht kann angesichts des grundsätzlichen Dilemmas auch kein einwandfreier Ansatz gefunden werden.

### DP: Und doch kann eine solche Situation eintreten.

**Firley:** Die Jagdverbände der deutschen Luftwaffe hätten zwar prinzipiell die Mittel zu reagieren, jedoch müsste sich eine politisch verantwortliche Person in einer hohen Führungsfunktion wie die nun scheidende Bundeskanzlerin oder die Verteidigungsministerin sich über das Grundgesetz hinwegsetzen und allein die Verantwortung für den Befehl tragen, ein mit hilflosen Menschen besetztes Flugzeug abzuschießen.

### DP: Wie stellt sich Ihre persönliche Erinnerung an 9/11 dar?

**Firley:** Als Wochenendpendler saß ich später ganz allein vor dem Fernseher in meinem kleinen Appartement und war schlicht schockiert. Dann noch der Gedanke, dass Amerika mit großer Gewissheit massiv und sicherlich auch zeitnah handelte. Knapp vier Wochen nach 9/11 gab es dann erste Militärschläge auf Ziele in Afghanistan.

Das Gespräch führte Michael Zielasko.

## Innenleben

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT URTEILT ZUM G7-EINSATZ IN 2015

# Bereitschaftsdienst und Ruhezeit

Polizeivollzugsbeamte fragen sich oft: Befinde ich mich gerade in Ruhezeit oder doch im Bereitschaftsdienst? Diesem Thema hat sich das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) Ende April mit seiner Entscheidung zur Bewertung der Ruhezeiten während des G7-Einsatzes 2015 in Elmau intensiv angenommen.

Rechtsschutzabteilung der GdP Bundespolizei

Arbeitszeit ist die Zeit, in der Beamte ihren Dienst tun. Hierzu zählt der Bereitschaftsdienst. Während der Arbeitszeit bestimmt der Dienstherr den Aufenthaltsort des Beamten. Er steht währenddessen jederzeit zu einem unverzüglichen Einsatz bereit und führt hierfür gegebenenfalls seine Dienstwaffe und sonstige Einsatzmittel mit sich. Ruhezeit ist die Zeit, in der Beamte ihren privaten Interessen nachgehen und ihren Aufenthaltsort dafür frei bestimmen können.

### Ständiges Bereithalten

Für den G7-Gipfel in Elmau stellt das Gericht in Leipzig zunächst fest, dass sich die Beamten ständig in einem vom Dienstherrn bestimmten Hotel aufhalten mussten. Sie hatten sich jederzeit zu einem möglichen Einsatz bereithalten müssen. Nur bei bestimmten Anlässen oder mit Genehmigung konnten die Beamten das Hotel verlassen. Zudem war es obligatorisch, ihre persönliche Ausrüstung einschließlich der Waffe bei sich zu führen.

Der Schluss der Richter: Die Beamten waren bei dem Einsatz durchgängig im Dienst,

auch während der in den Dienstplänen ausgewiesenen Ruhezeiten. Auch bei diesen Zeiten haben sie Bereitschaftsdienst geleistet.

Es kommt nicht darauf an, inwieweit die Beamten während dieser Zeiten damit rechnen müssen, tatsächlich eingesetzt zu werden. Allein die Natur dieses Einsatzes hat dem Gericht zufolge ausgereicht, um davon auszugehen, dass Bereitschaftsdienst geleistet wurde, ohne dass vorausschauend eingeschätzt werden musste, mit welcher Häufigkeit und Schwere von Einsätzen zu rechnen war.

### Das bedeutet konkret:

Die Feststellungen zu Ruhezeiten als Bereitschaftsdienst und damit als Volldienst sind nicht gänzlich neu. Dass es hier nicht mehr unbedingt auf die tatsächlich zu erwartenden Einsätze ankommt, sondern bereits die Natur des Dienstes als solche ausreichen kann, jedoch schon.

Ermutigend ist, dass die Rechtsprechung – so auch das sächsische Obergericht zur Frage der Anrechnung von Ruhepausen auf die Arbeitszeit – zunehmend

Kriterien nennt, die für die Einordnung als Bereitschaftsdienst insbesondere für Polizeivollzugsbeamte wesentlich sind, nämlich die ständige telefonische Erreichbarkeit sowie das Mitführen der Dienstwaffe und sonstiger Einsatzmittel.

Die Pflicht, sich ständig für einen möglichen Einsatz bereithalten zu müssen, umfasst regelmäßig, sich nicht weit vom Einsatzort entfernen zu dürfen, sodass der Beamte seinen Aufenthalt nicht frei wählen kann.

Werden diese Kriterien erfüllt, spricht viel dafür, dass Bereitschaftsdienst geleistet wird. Es lohnt sich dann genauer hinzuschauen, ob es sich bei in Dienstplänen ausgewiesenen Ruhezeiten (oder Zeiten der Rufbereitschaft) nicht doch um Bereitschaftsdienst handelt.

### Angeordnete Mehrarbeit

Während des Elmau-Einsatzes hatte der Dienstherr im Einsatzbefehl erforderliche Mehrarbeit angeordnet. Hierzu stellte das BVerwG zunächst fest, dass sich die Anordnung der Mehrarbeit konkret auf den gesamten Einsatzzeitraum bezieht, so wie der Einsatzbefehl selbst.

Nach Auffassung der Richter hatte es keiner konkreten Anordnung eines Vorgeetzten gegenüber einem konkreten Beamten bedurft. Die allgemeine Anordnung im Einsatzbefehl gegenüber allen eingesetzten Beamten war ausreichend. Auch muss die Anzahl der zu leistenden Mehrarbeitsstunden nicht von vornherein feststehen, sodass die Anordnung erforderlicher Mehrarbeit ausreicht.

### Aufgepasst!

Diese – tatsächlich neue – Feststellung des Gerichts hat den Nachweis der Anordnung von Mehrarbeit bei Einsätzen, bei denen diese bereits im Einsatzbefehl erfolgt, für die betroffenen Beamten wesentlich erleichtert. Künftig wird es daher wichtig sein, darauf zu achten, wie der Dienstherr solche Anordnungen formuliert oder ganz zu vermeiden versucht. (Aktenzeichen BVerwG 2 C 33.20, 29.4.21) ■

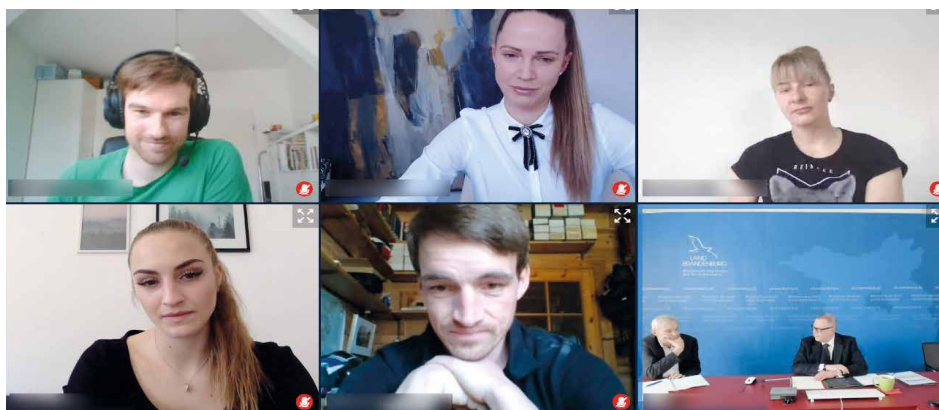
## Innenleben

JUNGE GRUPPE (GdP) IM DIALOG MIT INNENPOLITIKERN

# Grundgesetz: Das Beste, was Deutschland passieren konnte

Beim Grundgesetz gebe es keinen Raum für Dissens, betonten Vertreterinnen und Vertreter der JUNGEN GRUPPE (GdP) nach digitalen oder persönlichen politischen Gesprächen mit den Innenministern Brandenburgs, Hessens, Thüringens, dem Innensenator Bremens und weiteren Politikern.

**Martin Meisen und Jannik Wessels**



... mit Innenminister Michael Stübgen (im Bild rechts unten, mitte)

### Brandenburg Tag der Demokratie als Projekt der Zukunft?

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) sicherte den jungen Gewerkschaftern seine Unterstützung für deren Grundgesetzkampagne zu und erläuterte die Bemühungen des Innenressorts innerhalb seines Landes. Im Videogespräch wurde die übereinstimmende Auffassung deutlich, dass Hochschulen sowie Bildungseinrichtungen der Polizei ein zentraler Baustein für die politische und gesellschaftspolitische Bildung seien. Dort werde das Wertegerüst der Be-

rufsanfängerinnen und -anfänger gestärkt. Stübgen zufolge ist die Polizei der „Anker der Gesellschaft“. Vereinbart wurde in Zusammenarbeit der JUNGEN GRUPPE (JG) Brandenburg, dem Innenministerium und der Hochschule der Polizei Brandenburg einen „Tag der Demokratie“ zu veranstalten. Über die brandenburgische Idee hinaus sollten Pro-Demokratie-Initiativen Einzug in den ganzen öffentlichen Dienst sowie in Betriebe halten, betonte JG-Bundesvize Christian Ehringfeld. Das Grundgesetz sei das „Beste, was der Bundesrepublik passieren konnte“, so Stübgen.



... mit Innenminister Peter Beuth (m.)

### Hessen

**„Es muss von Herzen kommen,  
was auf Herzen wirken soll.“**

Goethes Sinnspruch verdeutliche die tragende Säule der als Mitmach-Kampagne konzipierten Initiative, betonte die JG im Gespräch mit Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU). Sie werde von der Identifikation der Kolleginnen und Kollegen mit dem Grundgesetz selbstbewusst nach au-



... mit Innenminister Georg Maier (3 v. l.)

### Thüringen

**Das Grundgesetz als Brücke in  
einer politisch komplexen Zeit**

Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) zeigte sich sehr interessiert, lobte das Engagement der jungen Kolleginnen und Kollegen und deutete an, konkrete Ideen zur Beförderung der Kampagneninhalte in zeitnahen Folgegesprächen abstimmen zu wollen. Um über die Polizei hinaus noch mehr Menschen zu erreichen, hielt der Minister eine gemeinsame Einbindung der Medien





ßen getragen. Beuth dankte „für das Engagement junger Kolleginnen und Kollegen für das Grundgesetz“. Der am Gespräch teilnehmende stellvertretende Landespolizeipräsident Andreas Röhrig stellte fest, dass die Kampagne ein gutes Zeichen in die Kollegschaft sende. Als „Bühne“ bot der Innenminister einen Beitrag in der „Hessischen Polizeirundschau“ (HPR) an. Dort solle die Kampagne von jungen hessischen Kolleginnen und Kollegen vorgestellt und die Beschäftigten durch die Botschaft zu Eigeninitiative motiviert werden.



für denkbar. Zuvor hatte die JG-Delegation den Thüringer Landtag besucht. Neben Gesprächen über die Grundgesetz-Kampagne tauschten sich die Gewerkschafter dort mit Abgeordneten über Wertschätzung und Arbeitsbedingungen der Thüringer Polizei aus. CDU-Politiker Raymond Walk stellte bei einer Wortmeldung die JUNGE GRUPPE (GdP) Thüringen dem gesamten Plenum vor und dankte der Polizei insgesamt für ihre Arbeit. Ein turnusmäßiges Treffen zwischen Politikern und jungen Gewerkschaftern steht auf der Agenda.



... mit Innensenator Ulrich Mäurer (m.)

**Bremen**  
**Starkes Zeichen des Innensenators!**

Überrascht zeigten sich die JG-Vertreterinnen und -Vertreter über die intensive Gesprächsvorbereitung des Bremer Innensenators Ulrich Mäurer (SPD). Sein Stab hatte im Vorfeld die Kampagne unter die Lupe genommen. Mäurers Fazit: Er würdigte die Initiative, sie löse bei ihm großen Zuspruch aus. Der erfahrene Innenpolitiker erläuterte seinen kürzlich gefassten 11-Punkte-Plan gegen Rechtsextre-

mismus für eine stärkere demokratische Resilienz innerhalb der Belegschaft. Einige Inhalte deckten sich mit der JG-Kampagne. Mäurer hob insbesondere die Initiative „Unser Eid“ hervor. Er begrüße das Engagement von jungen Polizeibeschäftigten im Sinne des Grundgesetzes. Nun stimmen die JUNGE GRUPPE (GdP) Bremen und der Innensenator Möglichkeiten der Zusammenarbeit ab. Zuletzt wurde über Workshops zur Umsetzung der Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“ und des 11-Punkte-Plans gesprochen. In Bremen bewegt sich was.

**Berlin**  
**Gute Arbeit verdient Respekt**

In einer weiteren Runde verdeutlichte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Read Saleh, den JG-Vertretern, wie wichtig ihm der Respekt in der Gesellschaft, innerhalb der Kollegenschaft und gegenüber Polizistinnen und Polizisten sei – im Übrigen eine stabile Säule der Grundgesetz-Kampagne. Weiterhin erörtert wurden eine gerechte Bezahlung, der Einsatz von Bodycams und hohe Arbeitsbelastungen. Politische Verantwortungsträger müssten ihrer Verantwortung gegenüber den Berliner Kolleginnen und Kollegen nachkommen und Ihnen als Arbeitgeber in der Aufgabenwahrnehmung den Rücken stärken, betonte die JG-Delegation. Auch in der Hauptstadt ist künftig ein enger Austausch beabsichtigt.



... mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Berlin Read Saleh (m.)

# 9/11

## Eine Zäsur mit Konsequenzen



New York: Rettungskräfte auf dem Weg zur Einsturzstelle.

Foto: gettyimages/dpa



Foto: Karlheinz Schindler/dpa

Dr. Peter Neumann ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London und leitet dort seit sieben Jahren das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR).

**DP: Herr Prof. Neumann, was ist Ihre prägende Erinnerung an den 11. September 2001?**

**Prof. Dr. Peter Neumann:** Ohne Zweifel die Menschen, die vom Gebäude in den sicheren Tod gesprungen sind. Eine Situation, die man sich gar nicht vorzustellen vermag.

**DP: Was fühlten Sie an diesem Tag angesichts der dramatischen Lage und ihrer Bilder?**

**Neumann:** Es war mir klar, dass dies eine Zäsur ist, und dies Konsequenzen haben würde. Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten ja viele an eine bessere Welt geglaubt – an den Siegeszug der westlichen Demokratie und auch daran, dass es keine ernsthaften ideologischen Konflikte mehr geben würde. Diese Fantasie hat am 11. September 2001 geendet.

**DP: Mit wem haben Sie zuerst über diese unfassbaren Nachrichten gesprochen?**

**Neumann:** Ich war damals Promotionsstudent in London und habe mich bereits mit dem Thema Terrorismus befasst, wenn auch vor allem im Kontext des Nordirland-Konflikts. Ich habe im Laufe des Nachmittags einen Studienfreund angerufen, der seine Dissertation über den Konflikt zwischen Indien und Pakistan schrieb und sich zumindest mit der Region etwas auskannte.

**DP: Hat der Terroranschlag von 9/11 über die beiden vergangenen Jahrzehnte an politischem Einfluss, an Nachhaltigkeit verloren?**

**Neumann:** Der Anschlag hat sicher an Einfluss verloren. Viele meiner Studenten heutzutage waren damals ja noch nicht mal geboren! Aber er war der Anfangspunkt für alles, was wir seitdem im Nahen Osten gesehen haben. Und deswegen ist es wichtig, auch junge Leute immer wieder an dieses Ereignis zu erinnern.

Das Gespräch führte Michael Zielasko.



Manfred Pfaff

## Ordnungswidrigkeitenrecht für Polizei, Ordnungsbehörden und Verwaltung

1. Auflage 2021

**Umfang:** 192 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

**Preis:** 20,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0893-9

Komprimiert und auf die wesentlichen Aspekte ausgerichtet, behandelt dieses Lehrbuch das Ordnungswidrigkeitenrecht, wie es in den Studiengängen für den Polizeivollzugsdienst und für den Verwaltungsdienst gelehrt wird. Bei dem Aufbau und den Inhalten des Buches orientiert sich der Autor dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.



### DER AUTOR

*Dr. Manfred Pfaff* ist Lehrbeauftragter für Eingriffsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht.

Frank Braun

## Staatsrecht für Polizeibeamte

1. Auflage 2019

**Umfang:** 222 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

**Preis:** 18,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0861-8

Dieses Lehrbuch behandelt die wesentlichen Gesichtspunkte des Staatsrechts für den Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ und stellt diese in kompakter Form vor. Es erleichtert Studierenden die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtseinheiten und stellt vor allem eine effektive Hilfe für die Klausurvorbereitung dar. Die inhaltliche Zusammenstellung und der Aufbau des Werkes orientieren sich dabei am Curriculum der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



### DER AUTOR

*Prof. Dr. Frank Braun* lehrt Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Eingriffsrecht.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

# Alles für Dich drin!



## Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote\*.

**Jetzt einloggen und Vorteile checken!**

[www.gdp.de/GdP-Plus](http://www.gdp.de/GdP-Plus)



Hast Du Fragen oder Anregungen?  
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.  
Reinhard Kaufmann hilft Dir gerne weiter.  
E-Mail [gdp-plus@gdp.de](mailto:gdp-plus@gdp.de)  
Telefon 0211 7104 250

\*Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!



**GdP-Plus  
Partner**

# 9/11

## Das Unvorstellbare begreifen können



Ermittlungen an der Absturzstelle des vierten Flugzeuges in der Nähe von Shanksville im US-Bundesstaat Pennsylvania.



Foto: BKA

Holger Münch war im Jahr 2001 Leiter der Präsidialabteilung der Polizei Bremen. Seit 2014 fungiert der 60-Jährige als Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA).

**DP: Herr Münch, womit waren Sie beschäftigt, als sie die Nachricht von den Ereignissen des 11. September erreichte?**

**Holger Münch:** Ich war zusammen mit Freunden auf einem Segeltörn vor Mallorca, als alle unsere Handys klingelten und wir nahezu zeitgleich von allen Seiten die unfassbare Neuigkeit bekamen: Ein Flugzeug sei in das World Trade Center eingeschlagen. Wir haben sofort Cala d'Or, den nächsten Hafen, angesteuert.

**DP: Was waren Ihre ersten Gedanken? Was fühlten Sie, als es deutlich wurde, dass es sich um einen Terroranschlag handelte?**

**Münch:** Als knapp 20 Minuten später das zweite Flugzeug in das World Trade Center manövriert wurde, war klar, das kann kein Unfall sein. Das ist ein Anschlag, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. In den nächsten Stunden haben wir gemeinsam vor den Fernsehschirmen gesessen, um das Unvorstellbare begreifen zu können und immer wieder mit unseren Familien telefoniert.

**DP: Hat der Terroranschlag von 9/11 über die beiden vergangenen Jahrzehnte an politischem Einfluss, an Nachhaltigkeit verloren?**

**Münch:** Nein. Der Anschlag wurde maßgeblich auch aus Deutschland heraus vorbereitet. Diese Erkenntnis war der Auftakt zahlreicher Veränderungen in der deutschen Sicherheitsarchitektur, die bis in die heutige Zeit wirken und ständig weiterentwickelt werden. Denken wir nur an das Einrichten des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums 2004, die Einführung von Präventivbefugnissen für das BKA 2008 bis zur Schaffung des Risikobewertungsinstruments RADAR-iTE und dem Aufbau der Abteilung TE, die im BKA für die Bekämpfung des religiös motivierten beziehungsweise islamistischen Terrorismus zuständig ist.

Das Gespräch führte Michael Zielasko.

## Hingeschaut



Foto: Fotopix/stock.adobe.com

DGB-BESOLDUNGSREPORT 2021

# Es gibt keine Verlierer- oder Gewinnerbürger

Der jährliche Besoldungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) stellt die Auswirkungen der Besoldungspolitik von Bund und Ländern anhand der Jahresbruttobesoldung der Besoldungsgruppen A 7, A 9 und A 13 einer ledigen kinderlosen Beamtin oder eines ledigen und kinderlosen Beamten dar. DP sprach mit Sven Hüber, Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht, über die Ergebnisse.

**Gudrun Hoffmann**

**DP: Kollege Hüber, der Report 2021 zeigt, dass die Besoldungsdifferenzen sinken. Beispielsweise holte das Saarland in der Endstufe der Besoldungsgruppe A 7 auf. Rheinland-Pfalz landete zwar in der Einstufungsstufe der Besoldungsgruppe A 13 auf dem letzten Platz und übernimmt nun die rote Laterne von Mecklenburg-Vorpommern, allerdings hat sich auch hier der Abstand zum erstplatzierten Bayern verringert. Grund für Optimismus?**

**Sven Hüber:** Der 2006 angepöfene ruinöse

Wettbewerb nach unten ist immer noch nicht gestoppt. Die politischen Tappschritte zur Angleichung reichen nicht aus. Der demografische Wandel mit dem faktischen Personalaustausch großer Teile des öffentlichen Dienstes innerhalb weniger Jahre bei schrumpfendem Nachwuchsangebot, der grassierende Fachkräftemangel und die Personalfolgen aus der Digitalisierung bringen brutal ans Licht, dass mit einer „Sparen, bis es quietscht“-Politik und siebzehn unterschiedlichen Bezahlungen für die glei-

che Polizeiarbeit, ohne dass es dafür eine Rechtfertigung gäbe, schlichtweg kein Staat mehr zu machen ist.

**DP: Also eine sehr ernüchternde Bilanz?**

**Hüber:** Der Verfassungsauftrag, annähernd gleiche Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands zu schaffen, heißt ja auch, das gleiche Niveau an guter Staatsverwaltung, polizeilicher Sicherheitsgewährung und Bildung zu gewährleisten. Das ist mit der seit dem Übergang der Besoldungskompetenz auf die Länder im Jahr 2006 praktizierten „Besoldungspolitik nach Kassenlage“ nicht zu bewerkstelligen.

**DP: Warum?**

**Hüber:** Weil es eine fatale Entwicklung ausgelöst hat. Jeder Wettbewerb hat zwar Gewinner – aber auch Verlierer. Das Grundgesetz jedoch kennt keine Verliererbürger in Verliererländern und Gewinnerbürger in Gewinnerländern bei den Ansprüchen an gute Staatsverwaltung. Man darf nicht vergessen: Die Unterschiede in den Grundgehältern werden ja noch gepusht und getoppt durch unterschiedliche Stellenbewertungen gleicher Funktionen zwischen Bund und Ländern und durch einen völligen Wildwuchs bei den Zulagenhöhen und der Arbeitszeitdauer. Im Gesamtpaket sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Dienstherrn daher sogar noch größer, als sie der Besoldungsreport aufdeckt.

**DP: Gibt es denn gar keine guten Nachrichten?**

**Hüber:** Als Korrektiv wirkt derzeit lediglich die Besoldungsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation. Im vergangenen Jahr wurde in Karlsruhe die Besoldung in Berlin und Nordrhein-Westfalen auf den Prüfstand gestellt. Auch andere Länder haben die Entscheidung zum Anlass genommen, leichte Verbesserungen vorzunehmen. Die Dienstherrn geraten durch das Bundesverfassungsgericht unter Druck, den zahllosen Widersprüchen und Klagen vorzugreifen.

**DP: Die Klage als schärfstes Schwert der Beamtinnen und Beamten? Wie findest du es, dass die Besoldung immer wieder hart und langwierig vor den Gerichten erstritten werden muss?**

**Hüber:** Es stellt sich doch die Frage, ob noch



Der Link zum DGB-Besoldungsreport

von einem wirklich gegenseitigen Treueverhältnis zwischen Dienstherrn und Beamtinnen und Beamten gesprochen werden kann, wenn grundlegende Fragen wie Einkommen oder Arbeitszeitfragen nur noch über Massenklagen der Beamtinnen und Beamten durch die Gerichte geregelt werden. Das ist doch staatliche Treulosigkeit!

Natürlich kämpfen wir zusammen mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich in den Tarifverhandlungen für gute Abschlüsse und dann auch im Nachgang für die Übertragung dieser Ergebnisse auf die verbeamteten Beschäftigten. Unser Anspruch ist jedoch, dass als Kompensation für das Streikverbot der Beamtinnen und Beamten zum einen als länderübergreifender Konsens uneingeschränkt gelten muss, gleiche Polizeiarbeit auch grundsätzlich gleich zu bezahlen. Und zum anderen, dass die Bezahlungs- und Arbeitszeitbedingungen der Polizei nach dem Grundsatz „Verhandeln statt Verordnen“ durch die Länder und den Bund früh und umfassend mit der GdP und unserer Spitzenorganisationen DGB verlässlich vereinbart werden, auch wenn dies nicht in einem Tarifvertrag mündet. Ich könnte mir gut vorstellen, dass es wie bei der Tarifgemeinschaft der Länder auch einen Zusammenschluss von Bund



Der Besoldungsreport ist ein plastisches Beispiel für das Auseinanderdriften der Besoldung seit der Föderalismusreform 2006.

und Ländern in Beamtenbesoldungsfragen geben könnte, mit denen die GdP und der DGB gemeinsam verhandeln, um die Verhältnisse wieder auf einer Höhe zusammenzubringen.

**DP: Stichwort Tarif- und Besoldungsrunde: Was erwartest du von der anstehenden Runde der Länder?**

**Hüber:** Man darf nicht blauäugig sein, die Verteilungsspielräume in einer Nach-Corona-Zeit werden nicht größer. Umso wichtiger ist da gewerkschaftliche Stärke und Geschlossenheit, gewerkschaftsferne Tritt-

brettfahrer werden nichts erreichen. Auf Bundesebene hat sich bereits gezeigt, dass der Gürtel wieder enger geschnallt wird. Zwar wurde die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten geschafft, aber die Umsetzung der Vorgaben des Verfassungsgerichts zum Abstandsgebot der Besoldungsgruppen und zum Kinderanteil der Besoldung wurden wieder vom Tisch genommen. Die vereinbarte Corona-Sonderzahlung ist da nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

**DP: Und konkret?**

**Hüber:** Applaus allein reicht nicht. Die Kolleginnen und Kollegen haben gerade in der Pandemie – oft auch unter einem hohen gesundheitlichen Risiko – einen tollen Job gemacht, dafür erwarten wir auch einen finanziellen Respekt. Gerade die Pandemie hat ja gezeigt, wie unverzichtbar eine in allen Ländern gleich gut aufgestellte und funktionierende öffentliche Verwaltung ist und wie bitter sich weggesparte Personallücken rächen. Die Tarif- und Besoldungsrunde kann daher nicht so aussehen, dass der bisherige ungute Wettbewerb „Wer schafft die größte Bezahlungslücke?“ noch verschärft wird.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch.**

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

**Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 40 Jahren.

**NEUER exklusiver Beamtenkredit** - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

**2,50%** echter Vorteilszins  
effektiver Jahreszins

**SUPERCHANCE** Teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!  
**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lzf. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mit Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

Exklusivzins sehr gut

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel.: (0621) 178180-0  
info@ak-finanz.de  
www.AK-Finanz.de

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
**Zukunft Mobilität**

**Mobilität im Wandel**

Mehr Infos auf [www.zukunft-mobilitaet.info](http://www.zukunft-mobilitaet.info)

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

**Unser Versprechen:** „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de** • Nulltarif-0800-33 10 332  
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal

# 9/11

## Das war der Moment der größten Fassungslosigkeit

**DP: Nach siebeneinhalb Stunden Studiozeit endete damals Ihre Moderation. Hatten Sie das Gefühl, das reicht jetzt auch oder hätten Sie weitermachen können?**

**Peter Kloeppe:** Das ist aus heutiger Sicht schwer zu beurteilen. Ich war ehrlich gesagt erleichtert, dass die Sendung zu Ende ging. Dieser über einen langen Zeitraum gehaltene Zustand höchster Konzentration führt irgendwann zu einer gewissen Ermüdung. Man wird nicht unbedingt besser, je länger die Moderation dauert. Die schlimmsten Ereignisse des Tages lagen hinter uns, und die Analyse hatte bereits begonnen. Ich habe gespürt, es ist jetzt mal gut, wir können zu diesem Zeitpunkt abrechnen. Danach kam noch ein Fußballspiel, und die Kollegen vom Nachtjournal würden das Thema und die Analyse um Mitternacht wieder aufnehmen. Vielleicht hätte ich noch ein bisschen gekonnt, aber es war aus meiner Sicht auch nicht mehr sinnvoll, weiter zu moderieren.

**DP: In einem FAZ-Beitrag zu zehn Jahren 9/11 erzählten Sie, Sie gingen damals von einem normalen Nachrichtentag aus. Was ist noch normal?**

**Kloeppe:** Wenn ich gegen 16:00 Uhr weiß, was abends in der Sendung passieren wird, und es ändert sich dann auch nichts mehr. Das ist tatsächlich nicht an vielen Tagen der Fall, am 11. September 2001 war es dies erst recht nicht.

**DP: Ab welchem Punkt wird das laufende Programm unterbrochen oder übernimmt der Nachrichtensender?**

**Kloeppe:** Jeder Fall wird einzeln beurteilt. Auch nach 9/11 gab es Ereignisse, beispielsweise den Anschlag am Berliner Breitscheidplatz oder das Attentat in einem Münchner Einkaufszentrum, da haben wir das Programm unterbrochen. Es handelte sich um Taten einer

besonderen Dimension und Relevanz für die Menschen hierzulande. Dann können wir nicht bis zur nächsten regulären Nachrichtensendung warten. Wie solche Entscheidungsprozesse ablaufen, steht jedoch in keinem Buch geschrieben. Es ist jedes Mal eine Entscheidung, die wir neu fällen.

**DP: Und der Nachrichtensender?**

**Kloeppe:** Auch 2001 hatten wir bereits n-tv als Partner. Mittlerweile arbeiten wir deutlich enger zusammen, seit gut zehn Jahren auch räumlich in einem Haus, und teilen uns technische Kapazitäten. Während der Flutkatastrophe haben wir beispielsweise von n-tv ganze Sendestrecken übernommen. Diese bekommen dann unseren Anstrich, ein RTL-Branding. Wir legen immer wieder neu fest, ob und wie wir bei Großlagen – diesen Begriff kennen Sie ja auch gut – unsere Ressourcen poolen oder aufteilen. Beide Sendeformen sind also möglich. Und darüber sind wir froh. Wenn wir bei RTL sagen, wir gehen jetzt wieder ins normale Programm, machen die n-tv-Kollegen weiter. Dafür ist ja ein 24-Stunden-Nachrichtenkanal auch da.

**DP: Wie schaffen Sie es, Ärger, womöglich Entrüstung über Nachrichteninhalte aus Ihrer Moderation auszublenden?**

**Kloeppe:** Eine Lehre aus meinem längeren Berufsleben ist: Nehmen wir die Zuschauer ernst, dann spiegeln sie dies zurück. Wir übermitteln die Nachrichten, überlassen aber den Zuschauern, was sie damit anfangen. Das Kommentieren liegt mir in den allermeisten Fällen fern.

**DP: Warum?**

**Kloeppe:** Weil ich meine Rolle kenne, es ist die des Übermittlers. Diese Zurückhaltung gehört zu meinem journalistischen Selbstverständnis. Wir liefern eine Fülle an neutralen







Foto: Richard Drew/dpa



Foto: Malte Ossowski/Sven Simon/dpa

Der Journalist Peter Kloeppe ist seit fast dreißig Jahren Chefmoderator der RTL-Nachrichten. Für den Privatsender berichtete er von 1990 bis 1991 als Korrespondent aus den USA. Der 62-Jährige wurde 2002 gemeinsam mit Regisseur Volker Weicker mit dem Adolf-Grimme-Preis 2002 in der Kategorie Spezial für seine Berichterstattung zu den Terroranschlägen am 11. September 2001 ausgezeichnet.

Informationen, die den Zuschauern eine Meinungsbildung ermöglichen. Das ist angesichts unserer Aufgabe, die wichtigsten Nachrichten des Tages in gut 20 Minuten zusammenzufassen, eine durchaus komplexe Herausforderung. Das Kommentieren überlassen wir unseren politischen Korrespondenten.

**DP: Wie begegnen die RTL-Nachrichten der zunehmenden Konkurrenz sozialer Medien?**

**Kloeppe:** Wir wissen natürlich, dass die Bürger ihre Informationen nicht nur aus den klassischen Medien beziehen. Sondern auch aus sozialen Netzwerken, in denen sie oft nach einer Bestätigung der eigenen Meinung suchen. Teils wird uns dort vorgeworfen, falsch zu informieren oder zum Vehikel derjenigen gemacht zu werden, die falsch informieren wollen. Tatsächlich tun wir uns schwer damit, gegen diese Form der Meinungsbildung anzuarbeiten. Dass wir nicht die einzigen sind, die die Menschen hierzulande mit Informationen versorgen, ist uns natürlich bewusst. Sicher ist: Was wir melden, ist gut recherchiert, neutral, durch Fakten gedeckt und somit verlässlich. Wenn andere versuchen, uns in eine Ecke zu stellen, können wir sie guten Gewissens eines Besseren belehren.

**DP: Teilen Sie den Eindruck, dass in bestimmten Medien mittlerweile ein Zwang zur Zuspitzung besteht oder gar Skandalisierungstendenzen festzustellen sind?**

**Kloeppe:** Das wird Journalisten schon seit Jahrzehnten vorgeworfen. Auf der anderen Seite: Will man eine Botschaft wirksam übermitteln, muss sie manchmal zugespitzt sein. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir automatisch und immer „Skandal!“ schreien, wenn wir einen Missstand offenlegen. Es bringt nichts, die Skandalisierungsschraube immer weiter anzuziehen. Letztlich tappt man so in eine Falle. Wir gehen den Dingen zunächst auf den

Grund, oft löst sich der vermeintliche Skandal dann wieder schnell auf. Unsere Aufgabe ist es zu hinterfragen, was beispielsweise bei Gesetzentwürfen, in Unternehmen oder in Behörden schief läuft. Es darf aber auch nicht nur darum gehen, ausschließlich das Negative herauszustellen. In unserem Interesse liegen deshalb genauso konstruktive Nachrichten. Wir wollen den Menschen auch zeigen, wenn sich etwas zum Positiven entwickelt.

**DP: Nun doch noch einmal zu 9/11, welches Bild ist Ihnen am prsentesten?**

**Kloeppe:** Eigentlich sind es zwei. Ich sehe mich ein paar Minuten vor 15.00 Uhr ungläubig in einem Stuhl in unserer Maske sitzen. Und ich weiß, dass ich gleich „on air“ gehen werde, um darüber zu berichten, dass ein Flugzeug in einen der Türme des World Trade Centers geflogen ist. Einen Moment später sehe ich auf dem Bildschirm, auf dem CNN läuft, wie ein weiteres Flugzeug in den zweiten Turm fliegt. Dieser Augenblick hat mich geprägt, wenn ich diesen Tag betrachte. Ich musste also professionell über ein schon unbegreifliches Ereignis berichten und werde praktisch zeitgleich von einer noch größeren Monstrosität überrascht. Das war der Moment der größten Fassungslosigkeit, gleichzeitig jedoch auch der Punkt, an dem mir klar wurde: Du musst jetzt fokussiert sein. Im Studio dann sehe ich mich immer noch, wie ich mich darauf konzentriere, zu beschreiben, was eigentlich unbeschreiblich ist. Nachdem später ein drittes und ein viertes Flugzeug zum Absturz gebracht worden sind, hatte ich mich gefragt, was denn noch passieren würde, und wo? Vielleicht sogar hier in Deutschland? Darauf habe ich versucht, mich vorzubereiten.

Das Gespräch führte Michael Zielasko.

## Innenleben

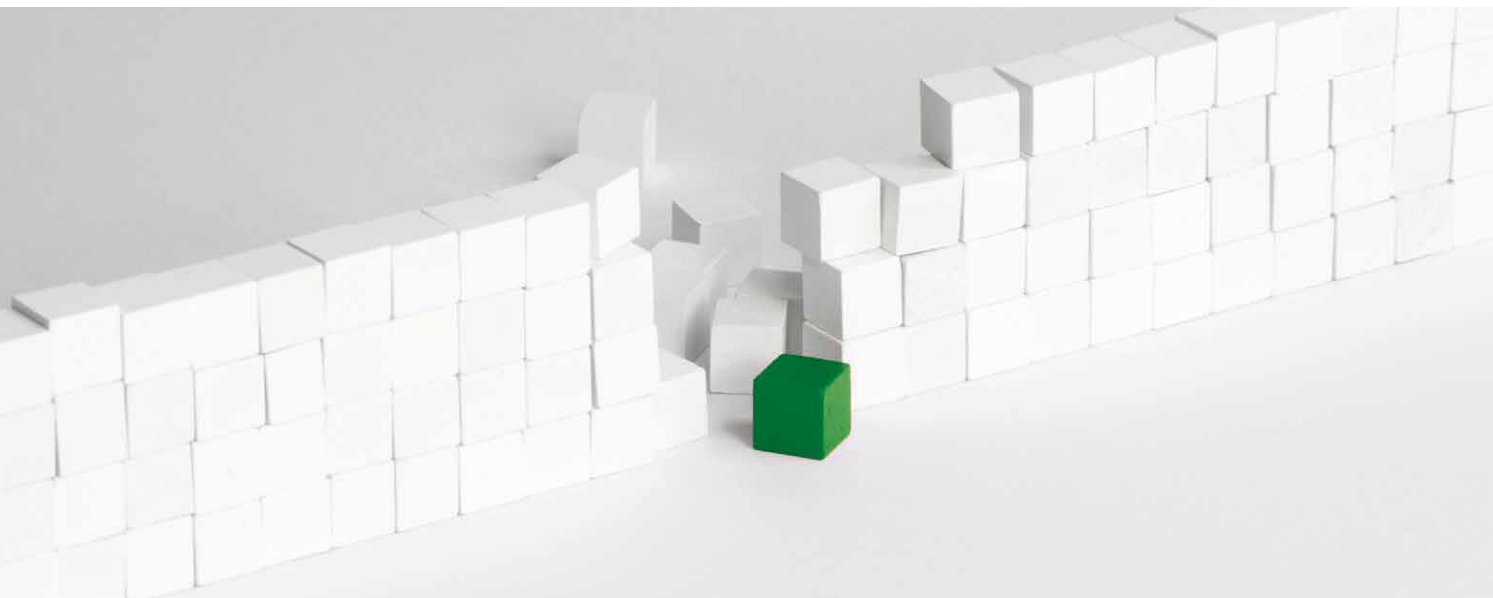


Foto: Daniele Courmaystock/adobe.com

### SENIORENPOLITISCHE MITARBEIT IM DGB

# Ideensteinbruch für Einmischer

Der Bundesseniorenvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist aktiv in die politische Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) eingebunden. Als Vorstandsvize nahm DP-Autor Bernd Becker an einer Arbeitsgruppe teil, die ein Positionspapier zur kommunalen Seniorenpolitik von Gemeinden, Städten und Landkreisen erarbeitet hat.

#### Bernd Becker

Stellvertretender Bundesseniorenvorsitzender



Foto: privat

Das Papier beschreibt Handlungsfelder, Forderungen und Ziele kommunaler Seniorenpolitik aus dem Blickwinkel der Gewerkschaften. In zehn Abschnitten ist ein Ideensteinbruch für Menschen entstanden, die sich in ihrem persönlichen

kommunalen Umfeld einmischen wollen, beispielsweise in den ehrenamtlichen DGB-Stadt- und Kreisverbänden.

In den Vorbemerkungen wird das neue Verständnis beschrieben, wonach Seniorinnen und Senioren ihr Lebensumfeld mit-

gestalten wollen und ihre Rechte einfordern. „Die Menschen werden älter, und sie werden gesünder älter“, heißt es da. Und: „Die Gesellschaft wird digitaler und globaler“.

Selbstbewusst wird konstatiert: „Die Seniorinnen und Senioren sind eine aktive Gruppe, die sich verstärkt ins gesellschaftliche Leben einbringen will. Von ihrem Wissen, ihrer Erfahrung, ihren Fähigkeiten und ihrem Willen, sich freiwillig in gesellschaftlichen Aufgaben zu engagieren, profitiert die Gesellschaft schon jetzt und wird dies in Zukunft umso mehr tun.“

Politikgestaltung beginne im unmittelbaren Wohnumfeld und damit in der Auseinandersetzung mit der Kommunalpolitik. Die politische Einflussnahme der älteren Bürgerinnen und Bürger in kommunalen Angelegenheiten und Institutionen müsse weiter entwickelt werden, damit ihre Interessen bei der Gestaltung einer lebenswerten Umwelt Berücksichtigung fänden. Das Papier formuliere Forderungen sowie Ziele und beschreibe Handlungsfelder. Es könne und solle als themenreiche Arbeitshilfe für die Gewerkschaftsarbeit in der Fläche verwendet werden. Wenig überraschend: Vor allem der Abschnitt zum Thema Sicherheit war die Domäne der GdP.

**Sicherheit: Nicht nur sicher sein, sondern auch sicher fühlen!**

Traditionelle Aufgaben der Polizei und der Ordnungsbehörden sind die Verfolgung von



Eine Arbeits-PDF-Datei kann beim DGB über diesen QR-Code angefordert werden. Oder Ihr wendet Euch an die GdP-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Senioren, unter der Telefonnummer 030-399921-108.

## Kommunale Seniorenpolitik aus dem Blickwinkel der Gewerkschaften

### Handlungsfelder – Forderungen – Ziele

#### Diese Überschriften machen neugierig auf die Lektüre:

- ▶ Hilfe zur Selbsthilfe: Beratung, Unterstützung und Service,
- ▶ „Sicherheit: Nicht nur sicher sein, sondern auch sicher fühlen!“,
- ▶ Bildung und lebenslanges Lernen,
- ▶ Freizeit und Kultur,
- ▶ Digitalisierung und technische Kommunikation,
- ▶ Gesundheit: Gesund durch das Leben, gut versorgt in der Krankheit, menschenwürdig in den Tod,
- ▶ Mobilität und Verkehr,
- ▶ Wohnen im Alter,
- ▶ Selbsthilfe und Ehrenamt.

#### Konkrete Anregungen, Handlungsfelder und Ziele

- ▶ Enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommune, beispielsweise unter der Überschrift Sicherheitspartnerschaft.
- ▶ Gründung von Polizeibeiräten, Sicherheitsbeiräten oder kriminalpräventiven Gremien unter Einbindung von ehrenamtlichen Kommunalpolitikern, Vereinen und Senioren.
- ▶ Bildung kriminalpräventiver Netzwerke in analoger oder digitaler Form, vorzugsweise unter Einbindung oder Federführung des örtlichen Polizei-Bezirksbeamten.
- ▶ Bestellung und Ausbildung von Senioren-Sicherheitsberatern.
- ▶ Seminare und Veranstaltungen zur Kriminal- und Gewaltprävention sowie zu ganz konkreten Phänomenen im Dorf oder im Quartier.
- ▶ Berücksichtigung kriminalpräventiver Ansätze bei der Bau- und Verkehrsplanung. Beispiel: Vermeidung von „Ghettobildung“, „dunklen Ecken“, Unterführungen.
- ▶ Erfassung besonderer Gefahrenpunkte im Rahmen eines Gewaltpräventionsberichtes (unter Auswertung der Kriminalstatistiken).
- ▶ Mitwirkung bei der Entscheidung über präventive Maßnahmen, wie bessere Beleuchtung, Polizeipräsenz oder Videoüberwachung.

Straftaten und die Abwehr von Gefahren für die Menschen. Es gibt immer mehr ältere Menschen in einer immer komplexer werdenden Welt. Die Medienpräsenz von Verbrechen, die Globalisierung und die Digitalisierung des Alltags führen insbesondere bei älteren Menschen zu Verunsicherung und Ängsten.

Als dritte Aufgabe muss deshalb von Polizei und Ordnungsbehörden die Prävention im allerweitesten Sinne erkannt, angenommen und ausgebaut werden. Es geht darum, die subjektive Wahrnehmung von Sicherheit den objektiven Gegebenheiten anzupassen – zunächst also um Information. Weiterer Baustein ist die Aufklärung über neue und alte Tatbegehungsweisen, insbesondere solche, bei denen Seniorinnen und Senioren als potenzielle Opfer in Frage kommen.

Letztlich geht es bei der Ordnungs- und Sicherheitsarbeit um Beteiligung und Einbindung. Polizeiarbeit ist höchst komplex geworden und wird zunehmend hinterfragt. Deshalb sind die Polizeien gefordert, bei Bürgerinnen und Bürgern Transparenz herzustellen – soweit es eben möglich ist, beispielsweise aus Datenschutzgesichtspunkten. Die Bürgerinnen und Bürger sind die Experten für ihr Wohnumfeld und ihre Gemeinde. ■



ANZEIGE

  
**THOMAS BROCKHAUS**  
 Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
 Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

**Telefon: (02207) 76 77**

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

# 9/11

## Mein muslimischer Obst- und Gemüsehändler hat sich damals bei mir entschuldigt



Foto: POP-EYE/Christian Behring/dpa

Die Entertainerin und Autorin Gayle Tufts mit US-Wurzeln lebt seit 1991 in Berlin. Popularität erlangte die durch zahlreiche Bühnenprogramme und Fernsehsendungen bekannte Künstlerin durch ihren charakteristischen Mix aus deutscher und englischer Sprache. Wer seine „Denglisch“-Kenntnisse auffrischen möchte, kann dies durch einen Besuch des neuen Tufts-Programms. Sie ist seit Ende August bundesweit auf Tour. Mehr unter: [www.gayle-tufts.de](http://www.gayle-tufts.de)

**DP: 2001 waren Sie schon eine feste Größe in Berlins Kulturlandschaft. Wie erleben Sie den 11. September?**

**Gayle Tufts:** Ich hatte am Nachmittag einen Termin für eine Gripeschutzimpfung. Meine damalige Hausärztin ist auch Amerikanerin. Als ich reinkam, hat sie mich sofort an die Hand genommen, mich direkt in das Behandlungszimmer dirigiert und gesagt: „Jetzt setzen Sie sich erst einmal“. Ich habe zuerst gedacht, dass etwas in der Familie vorgefallen sei oder ich vielleicht schlechte Werte habe. Es ist ein mulmiges Gefühl, wenn einen der Arzt so anspricht. Aber dann sagte sie, es habe einen Angriff auf Amerika gegeben, in New York und Washington D.C. Ich dachte mir, was sagt sie denn da?

**DP: Haben Sie dann zusammen ferngesehen?**

**Tufts:** Nein, ich bin mit der U-Bahn zurück nach Kreuzberg gefahren. Ich werde das nie vergessen. Das war noch, bevor der zweite Turm eingestürzt ist. Da sind Leute zu mir gekommen und haben mich gefragt, ob ich und

meine Familie okay sind. Ich hatte zu diesem Moment noch keine Bilder, also keine bewegten Bilder gesehen – mindestens eine Stunde lang. Nur ein Foto auf dem kleinen Bildschirm im Waggon. Das war halt vor 20 Jahren, denken Sie, was wir heute alles dabei haben. Als ich nach Hause kam, sah ich meinen Mann wie erstarrt vor dem Fernseher sitzen. Auch er nahm mich in den Arm.

**DP: Dann sahen Sie die Bilder.**

**Tufts:** Als ich die Tür öffnete, war der zweite Turm in sich zusammengebrochen. Es war verrückt, das anzustarren.

**DP: Haben Sie sofort versucht, jemanden in den USA zu erreichen?**

**Tufts:** Oh ja, meine damalige Mitbewohnerin in Manhattan. Leider vergeblich. Wir wohnten auf der 14. Straße. Das ist nicht weit weg von den Türmen. Durch ein Fenster konnten wir sie sogar sehen. Lucy stammt aus Brooklyn und einige gute Freunde in dieser Nachbarschaft waren Feuerwehrmänner. Einige sind ums Leben gekommen. Zu diesem Zeitpunkt war sie

jedoch in Sicherheit. Wir konnten uns später per E-Mail verständigen. Menschen wie Lucy waren jedoch alle dort vor Ort und haben die Ereignisse gespürt. Die durch Staub verschmutzte Luft und die Asche drangen bis zur 10. Straße vor. Sie ist noch heute traumatisiert von dieser Erfahrung. Tage lang war ja nicht klar, was genau hinter diesen furchtbaren Ereignissen steckte. Die Anschläge verfolgten uns alle noch, besonders jedoch diejenigen, die leibhaftig dabei waren.

**DP: Die Betroffenheit unter den Deutschen war präsent und immens, aber hatten Sie das Gefühl, dass man Sie als Amerikanerin besonders trösten wollte?**

**Tufts:** Absolut, aber nicht nur. Mein muslimischer Obst- und Gemüsehändler hat sich damals bei mir entschuldigt. Nein, Sie müssen sich doch nicht bei mir entschuldigen, diese ganze Welt ist verrückt, sagte ich ihm. Ich habe diese Reaktion als Zeichen der Menschlichkeit wahrgenommen. Das hat mir auch ein bisschen Hoffnung zurückgegeben. Es hat geholfen.

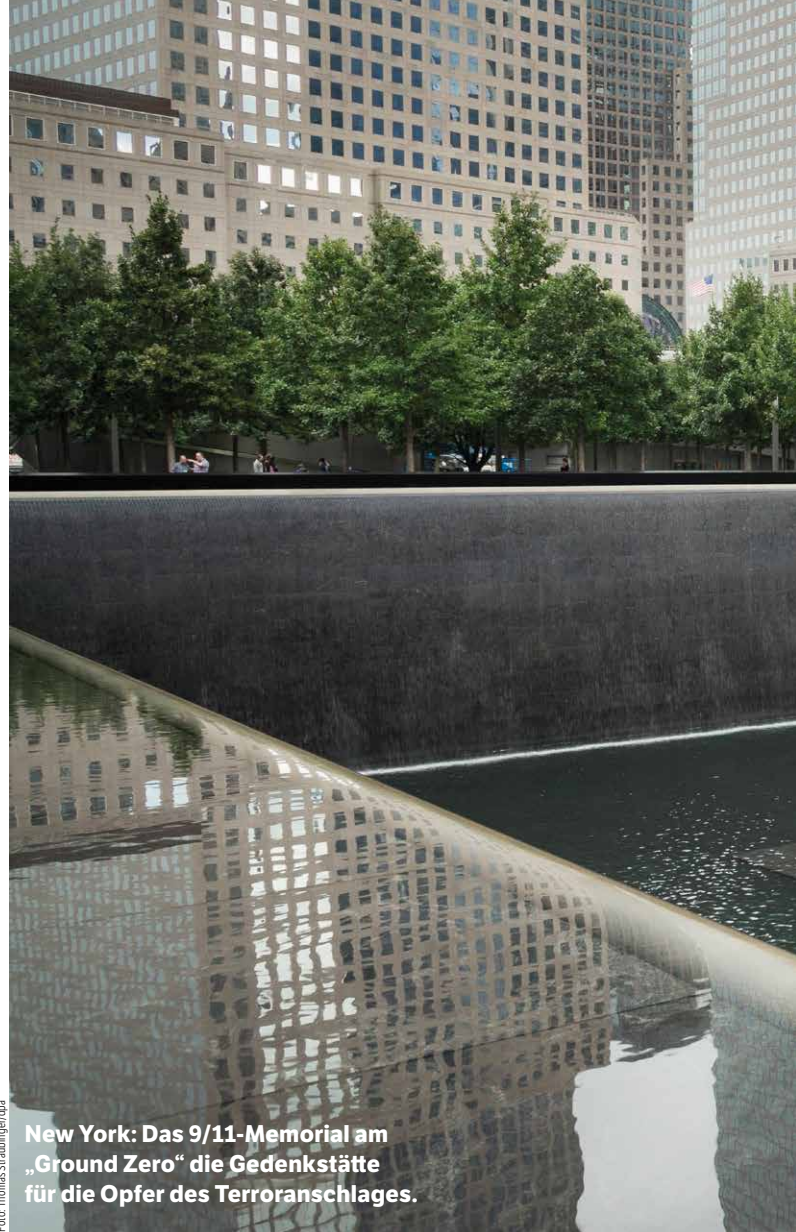


Foto: Thomas Straubinger/dpa

New York: Das 9/11-Memorial am „Ground Zero“ die Gedenkstätte für die Opfer des Terroranschlags.



**DP: Wie hat sich 9/11 auf Ihre Bühnenaktivitäten ausgewirkt?**

**Tufts:** Ich war ein paar Tage vor einer Premiere in der „Bar jeder Vernunft“ in Berlin. Ja, wir mussten entscheiden, wie geht es jetzt weiter? Was können wir eigentlich sagen? Das Programm hieß „Die wahre Wahrheit“ und war eine Mischung aus Musik und Geschichten – Comedy und Alltagsbeobachtungen. Natürlich auch über Amerika und meinen Blick auf die alte Heimat. Schnell war klar, dass es nicht angebracht war, über im Verhältnis zu den Ereignissen belanglose popkulturelle Phänomene Witze zu machen. Ich schrieb mit meinem damaligen Bühnenpartner eine Liebeserklärung an New York, die „New York City Sinfonie“. Als wir die im ZDF-Morgenmagazin spielten, musste sogar die Moderatorin weinen. Wir bekamen dieses „Wir-lassen-uns-nicht-unterkriegen-Gefühl“. Trotzdem hoffe ich heute immer wieder, dass bei großen Veranstaltungen wie Olympischen Spielen oder der Fußballweltmeisterschaft nichts passieren wird. Furchtbare Terrorattacken wie in Paris, Nizza, Berlin oder London sind aber geschehen. Also

besteht diese Möglichkeit. Das ist in unserem Denken jetzt drin. Diese nicht greifbare Furcht vor Anschlägen ist eine Folge des 11. Septembers. Das ist Teil nicht nur meines, sondern unseres Lebens.

**DP: Wie geht es Ihnen, wenn Sie nach New York zurückkehren?**

**Tufts:** Ich kann es noch immer nicht fassen. Ich habe 14 Jahre lang nicht weit vom World Trade Center (WTC) gewohnt und für eine Frau gearbeitet, die mit den Kulturprogrammen im WTC betraut war. Das heißt, ich war einfach oft da. Diese Türme waren so überdimensional und massiv. Jeder, der mal dort war, kann kaum begreifen, dass dort nichts mehr ist, dass dort so viele Leben endeten, dass dieser Albtraum Wirklichkeit ist. Es bleibt surreal. An der Gedenkstätte, am 9/11-Memorial, ergreift es einen. Man steht vor diesen Löchern, sieht die symbolischen Tränen in den Wasserbasins, es ist gut, diesen Ort zu haben.

**DP: Wie werden Sie diesen 20. Jahrestag gefühlsmäßig erleben oder verarbeiten?**

**Tufts:** Zunächst sind 20 Jahre vergangen. Und Du fragst dich, was ist in der Zeit alles passiert? Ist es irgendwie besser geworden? Sind wir alle etwas näher gerückt?

**DP: Eher nicht, oder?**

**Tufts:** Ja, leider. Es ist nicht leichter geworden. Trotzdem spüre ich einen Zusammenhalt. Der ist da. Ich merke es, wenn ich mit jemandem spreche oder auch, wenn ich auftrete. Am 11. September spielte ich übrigens in München. Wahrscheinlich werden mir die Leute dort helfen, durch den Tag zu kommen. Ich werde auch mit meiner Familie sprechen und einfach innehalten. Innerhalb von Sekunden kann sich das Leben, sogar die ganze Welt ändern. Es wäre jedoch falsch, die Hoffnung aufzugeben.

*Das Gespräch führte Michael Zielasko.*

„POLIZEI VON MORGEN“

# Zukunft in eigener Hand



Gewerkschaft der Polizei

Wie stellen sich junge Polizeibeschäftigte ihre berufliche Zukunft vor? Die JUNGE GRUPPE (GdP) will das Morgen so schnell wie möglich angehen und verabschiedete dazu ein Positionspapier. Der GdP-Bundesjugendvorsitzende stellt es vor.

**Martin Meisen**

**W**ir vertreten nicht nur knapp 60.000 junge Polizeibeschäftigte, sondern in erster Linie diejenigen, die unsere Polizeien künftig mit Leben füllen. Deswegen adressieren wir unsere Forderungen gewerkschaftlich als auch politisch.

## Die digitale Chance

Die Polizeien von Bund und Ländern begeben sich endlich in die digitale Welt. Ein agiler Ausbau der Datenkommunikation sollte diesen Weg begleiten. Die Prozesse von morgen müssen schnell und smart gestaltet werden. Zum Standard wird, dass nicht mehr nur am Arbeitsplatz in den Behörden ein Computer zur Verfügung steht, sondern ortsunabhängig via Homeoffice, Telearbeit oder direkt am Tatort. Auf Smartphones, Laptops und andere ergänzende mobile Geräte greifen dann alle Beschäftigten wie selbstverständlich zu. Und gestern waren Stift und Papier, übrigens ein Plus für den Datenschutz. Denn bei Papier gibt es keine automatisierten Prozesse, die den Schreibtisch aufräumen.

Für mehr digitale Harmonie der föderalen Strukturen muss das Prestigeprojekt Polizei 2020 deutlich Fahrt aufnehmen. Die Datenverarbeitung sowie deren Austausch benötigen smarte Effizienz. Mit Blick auf global vernetzte organisierte Banden als polizeilichen Konterpart muss mehrere Gänge hochgeschaltet werden.

## Soziale Medien offensiv angehen

Wir verstehen uns als bürgernahe Polizeien. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger teilhaben lassen. Tue Gutes und sprich darüber – Polizeiarbeit sollte erlebbar und transparent sein. Twitter, Instagram und andere Dienste würden neben dem direkt-

persönlichen Kontakt zum Einmaleins der Öffentlichkeit gehören. Dies macht Polizeiarbeit für die Menschen nachvollziehbarer. Wir können schnell, klar und fachlich fundiert berichten. Dabei muss die Deutungshoheit zu Einsatzlagen klar bei der Polizei liegen. Die Interpretation darf nicht allein der Medienlandschaft überlassen werden. So schützen wir Kolleginnen und Kollegen aktiv. Offensiv statt reaktiv muss das Credo der Zukunft lauten.

## Nachhaltigkeit leben

Als junge Beschäftigte erkennen wir diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch für die Polizei an. Es beginnt bei umweltfreundlichen Liegenschaften und umfasst vor allem Fahrzeugflotten, wo je nach Aufgabenzuschnitt Elektro-, Wasserstoff- oder Hybridfahrzeuge auf den Straßen rollen können. Jobräder sowie Dienstfahräder erachten wir als zwingende Zukunftsstandards. Natürlich steht der gesetzliche Auftrag und die Gewährleistung der inneren Sicherheit an erster Stelle, aber es befreit uns nicht von der Verantwortung unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

## Der Mensch als zentraler Baustein

Die Beschäftigten sind der wichtige Teil einer Behörde. Gutes Personal wächst nicht auf Bäumen. Daher kommt der Einstellungspolitik eine große Bedeutung zu. Werbekampagnen in den sozialen Medien können diese befeuern.

Die Pensionswelle rollt, und der demografische Wandel in den Dienststellen kostet viel Fachexpertise. Der Wettkampf um die klügsten Köpfe des Landes zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft ist längst entbrannt. Doch nicht nur dort, seit längerem bereits auch zwischen den Polizeibehörden. Diverse Besoldungs- und Lauf-

bahnsysteme tun ihr Übriges dazu. Wir fordern: weg mit dem Besoldungsflickenteppich – gute und gleiche Arbeit verdient gleiche Bezahlung. Außerdem wollen wir unkomplizierte Aufstiegsverfahren – insbesondere vom mittleren in den gehobenen Dienst. Die Möglichkeit von Fachkarrieren muss ausgebaut werden. Dadurch stärken Mitarbeitende ihre Kompetenzen und erhalten berufliche Perspektiven. Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und Tarifbeschäftigte benötigen personelle Unterstützung, damit sich der Vollzug auf originäre Aufgaben konzentrieren kann. Flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit freiwilliger Auszeiten sind künftig unumgänglich, denn „Freizeit ist die neue Währung“.

## Zeit für Veränderungen

Die Polizei ist hierarchisch geführt und strukturiert. Vor allem in Einsatzlagen, wenn schnelle Entscheidungen notwendig sind, bewährt sich dieses Konstrukt. Noch klarere Definitionen würden bei Großeinsätzen in den Verantwortlichkeiten und Entscheidungsbefugnissen nicht schaden. Im täglichen Dienst jedoch brauchen wir das Gegenteil.

Führungskräfte sind Motivatoren, Zuhörende, Problemlöser und Vermittler. Sie müssen auf Augenhöhe mit den Beschäftigten kommunizieren. Führungskräften wird viel abverlangt. In einem emotional anspruchsvollen Berufszweig braucht es Vorgesetzte, die mit Problemen offen umgehen, die konstruktive Kritik zulassen und Missstände offensiv angehen, nichts verschieben oder gar verkennen. Dies stärkt die Belegschaft von innen heraus. ■

# SEXUELLE GEWALT GEGEN FRAUEN

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 25

Herausgegeben von **Horst Clages**, Leitender Kriminaldirektor a. D. und  
**Wolfgang Gatzke**, Direktor LKA NRW a. D.



1. Auflage 2019

**Umfang:** 136 Seiten,

**Format:** 17 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

**ISBN:** 978-3-8011-0859-5

Dieses Buch befasst sich mit sexueller Gewalt durch strafmündige männliche Täter, die diese gegen weibliche Opfer ausüben. Nicht zuletzt infolge einzelner herausragender sexueller Gewalttaten sowie spezifischer deliktischer Phänomene, die insbesondere mit dem Zuzug von Flüchtlingen und Migranten in Verbindung gebracht werden, ist dieses Themenfeld in den allgemeinen gesellschaftlichen Fokus gerückt.

Bei der Darstellung konzentrieren sich die Autoren dabei ausschließlich auf Delikte, bei denen sich Täter und Opfer vor der Tat nicht oder nur flüchtig kannten. Den Schwerpunkt legen sie dabei auf Fälle sexueller Nötigung und Vergewaltigung.

Im Einzelnen behandeln sie: Thematische Eingrenzung und Definitionen, Erklärungsansätze für sexuelle Gewalt, Kriminalitätslage- und -entwicklung, Phänomenologie, Polizeiliche Bearbeitung von Sexualdelikten, Polizeilicher Opferschutz sowie Präventionsansätze.



## DIE AUTOREN

**Dr. Daniela Pollich**, Professorin für Polizeiwissenschaften an der FHöV NRW.

**Marcus Stewen**, Kriminalhauptkommissar, Verantwortlicher Fallanalytiker im Sachgebiet 31.5 des LKA NRW.

**Julia Erdmann M.A.**, Polizeihauptkommissarin, Dozentin für Kriminologie und Kriminalistik an der FHöV NRW.

**Dr. Maike Meyer**, Leiterin der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA NRW.

**Corinna Mahle M. Sc.**, Kriminaloberkommissarin, Sachbearbeiterin Stabsdienststelle des LKA NRW.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# 9/11

**Mit dem Abzug der US-geführten NATO-Truppen aus Afghanistan nach fast 20 Jahren könnte der Hindukusch eine Renaissance des Gottesstaatswesens erleben**







Foto: Beronah

Berndt Georg Thamm, Berliner durch und durch, ist diplomierte(r) Sozialpädagoge. Seit gut 40 Jahren publiziert der 75-Jährige Bücher und Fachaufsätze. Er gilt seit vielen Jahren als Experte für organisierte Kriminalität und Terrorismus. In der Septemberausgabe des DP-Jahrganges 2001 veröffentlichte er den Artikel „Gotteskrieger tragen Terror nach Europa“. Das Titelbild: ein Portrait von Osama bin Laden.

### **DP: Herr Thamm, vor zwei Jahrzehnten, der 11. September 2001 ...?**

**Berndt Georg Thamm:** Vom Kopf her war ich irgendwie vorbereitet, aber nicht auf die Bilder militanter Islamisten, die zu Lenk Waffen umfunktionierte Passagierflugzeuge in die zwei World-Trade-Center-Türme in New York und das Pentagon in Washington flogen. Prägend waren die Bilder von verzweifelten Menschen, die sich vor dem sicheren Flammentod kopfüber von den Türmen in die Tiefe stürzten. Die Dimensionen dieser terroristischen Attacken übertrafen bei weitem jene Gefahren, über die ich im Septemberheft 2001 des GdP-Mitgliedermagazins geschrieben hatte.

### **DP: Ihre Gefühle angesichts der dramatischen Lage und ihrer Bilder?**

**Thamm:** Ich war schon über viele Wochen mit dem Thema des militanten Islamismus und seinen Gefahren beschäftigt gewesen. Wenige Tage vor 9/11 war meine Titelgeschichte „Gotteskrieger tragen Terror nach Europa“ in der September-DP erschienen. Wie immer zu lang, deswegen mussten die Fußnoten in der Redaktion abgefragt werden. Und der Kommentar des damaligen GdP-Vorsitzenden galt nicht dem Titel, sondern einer umstrittenen Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, der ein Versammlungsverbot von Neonazis in Wunsiedel aufgehoben hatte. Das Titelbild der DP zeigte den al-Qaida-Begründer Osama bin Laden mit erhobenem Zeigefinger, und ich rechnete ob meiner düsteren Prognosen mit kritischen Worten: Da hat Thamm einmal wieder überzogen. Nur wenige Tage später, am 8. September, war ich in der Berliner Verbindungsstelle der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) als Referent geladen und sprach zum Thema „Bürgerkriege und Privatisierung des Terrorismus – Global verzahnte Netzwerke ungebundener Gotteskrieger und anderer irregulärer Kämpfer“. Ich diskutierte über Stunden darüber mit rund 60 Interessierten, darunter der leider schon verstorbene Leiter der HSS-Verbindungsstelle und Islamwis-

senschaftler Dr. Rainer Glagow, Polizei- und Verfassungsschutzbeamten aus Berlin und Brandenburg sowie Diplomaten der Botschaften Russlands und Israels. Drei Tage später folgten die Terroranschläge, die ich eigentlich für Europa erwartet hatte, die nun jedoch die USA getroffen hatten. Ob dieses Zieles und der Anschlagsausführung war ich überrascht und betroffen.

### **DP: Mit wem haben Sie zuerst über die unfassbaren Nachrichten gesprochen?**

**Thamm:** An diesem Tag hatte ich am Nachmittag Besuch aus Süddeutschland. Ein Kollege, früher beim BND und nun Fachmann in Sachen Sicherheit in der Wirtschaft, war zum Gedankenaustausch über die Sicherheitslage nach Berlin gekommen. Mitten im Gespräch wurde mein Gast von seinem Sohn angerufen. Wir sollten den Fernseher einschalten, was wir auch taten. Meinem nachrichtendienstlich erfahrenen Kollegen und mir war in dieser Situation völlig klar, dass dieses Terrorgeschehen eine sicherheitspolitische Zäsur schlagen würde, deren globale Nachhaltigkeit noch in Jahren nicht abzuschätzen sein würde. Mein Gast reiste vorzeitig zurück und mich erreichten die ersten Telefonate, so vom GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg und seinem Pressesprecher Rüdiger Holecek, jedoch auch schon von Printmedien wie „Stern“ und „Der Spiegel“, Vorboten einer langanhaltenden Land-unter-Situation.

### **DP: Hat der Terroranschlag von 9/11 über die beiden vergangenen Jahrzehnte an politischem Einfluss, an Nachhaltigkeit verloren?**

**Thamm:** Ganz bestimmt nicht. Dafür war die geschlagene Zäsur zu tief. 9/11, organisiert und durchgeführt von der al-Qaida al-Djihad (Basis des Heiligen Krieges), die zum Ende des Afghanistankrieges (1979-1989) gegründet wurde, war und ist Teil eines schon Ende des 20. Jahrhunderts angekündigten weltweiten Krieges. In der „Wiege des Djihadterroris-

mus“, dem afghanischen Emirat der Taliban (1997-2001), hatten „Gotteskrieger“ in einer Gründungserklärung (23. Februar 1998) dazu aufgerufen, „Kreuzfahrer“ und Juden auf der ganzen Welt zu töten und nicht mehr zwischen Militärs und Zivilisten zu unterscheiden, nur noch zwischen Gläubigen und Ungläubigen. Letztere zu töten wird bis dato global praktiziert. Vom 9/11 bis heute hat die al-Qaida-Bewegung eine Transformation durchlaufen, zu dem bot das Internet die Möglichkeit, sich als virtuelle Einheit darzustellen.

### **DP: Bitte erklären Sie uns diese Transformation?**

**Thamm:** Regionale Bewegungen bekundeten ihre Zugehörigkeit, so 2003/04 al-Qaida im Irak (AQI). Und eben aus dieser erwuchs der „Islamische Staat“ (IS), in dessen syrisch-irakischen Kalifat (2014-2019) es bis zu 30.000 ausländische Kämpfer aus 115 Ländern zog. Die Rückkehr dieser „Foreign Fighters“ stellt viele Länder, auch Deutschland, vor erhebliche sicherheitspolitische Probleme.

Der IS hatte wie keine djihadterroristische Bewegung zuvor Kommunikationsstrategien in Form „hybrider Kriegsführung“ und „Cyber-Djihad“ genutzt. Nach seiner Zerschlagung in Nahost setzt er nicht nur den Djihad aus dem Untergrund des Internet fort, sondern etablierte sich in neuen Regionen. So in Afrika, wo auch al-Qaida als Profiteur der (vor zehn Jahren begonnenen) „Arabellion“ aktiv ist und ab 2015 in Afghanistan. Mit dem dortigen Abzug der US-geführten NATO-Truppen nach fast 20 Jahren könnte der Hindukusch eine Renaissance des Gottesstaatswesens erleben. Vor gut zwanzig Jahren standen die Taliban der weltweit reaktionärsten Klerikaldiktatur vor. Nun sind sie wieder auf dem Weg zum Neo-Emirat, mit IS-Enklaven und der al-Qaida als Nachbarn im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Was für eine politgeografische Nachhaltigkeit des Djihadterrorismus!

*Das Gespräch führte Michael Zielasko.*

## Eure Meinung

### Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon 030 399921-113  
gdp-pressestelle@gdp.de

### ZU:

#### Auslandseinsatz in der Pandemie, DP 7/21

Mit großem Interesse habe ich diesen Artikel über Auslandsmissionen der deutschen Polizei gelesen. Herr Köthke schreibt dabei im ersten Absatz, dass sich Deutschland seit 1989 an diesen Missionen beteiligt. Ergänzend dazu möchte ich darauf hinweisen, dass sich Polizeibeamte des Bundesgrenzschutzes bereits vorher bei Einsätzen im Ausland befanden. Dazu zähle ich unter anderem den Objektschutz an mehreren deutschen Botschaften und Generalkonsulaten. Die BGS-Beamten wurden für diesen Einsatz zum Auswärtigen Amt abgeordnet. Der Dienst wurde in Zivil verrichtet.

Ich war in der Zeit von 1984 bis 1988 als Beamter des damaligen BGS (Polizeimeister i. BGS) mit dem Objektschutz an den deutschen Botschaften in Lissabon (1984/85), Helsinki (1985/86) und Kabul (1987/88) beauftragt. Diese Zeit möchte ich nicht missen.

**Armin Rudzki, München**

### ZU:

#### „Kein Handschlag für die Feinde unserer Demokratie“ und „Das scheinbar quer stehende Recht auf Versammlungsfreiheit“, DP 6/21

Beide Autoren (Jörg Radek und Hartwig Elzermann) haben die sogenannten Querdenker im Visier. Ihre Schlusssätze „Kein Handschlag, keine Geste für die Feinde unserer Demokratie“ sowie „Das Einzige, was offensichtlich quer steht, ist das Brett vor dem Kopf der sogenannten Querdenker“ scheinen mir zu gewagt und vorschnell. Der Schuss könnte irgendwann nach hinten losgehen!

Was ist eigentlich unter einem „Querdenker“ zu verstehen? Schaut man ins Internet, so ist der Begriff überraschenderweise äußerst positiv belegt: Jemand, der eigenständig und originell denkt und dessen Ideen und Ansichten oft nicht verstanden oder – so möchte ich mal hinzufügen – von den Herrschenden nicht akzeptiert werden.

Liest man nach in unserer 2.000-jährigen Geschichte, stellt man hin und wieder fest, dass renommierte Querdenker, die positive Veränderungen anstießen, auf dem Scheiterhaufen endeten.

Es gehört Mut dazu, anderer Meinung zu sein. Und es gehören Weisheit und Umsicht dazu, eine Atmosphäre der Ebenbürtigkeit aufrechtzuerhalten, in der alle Perspektiven in Betracht gezogen werden können. Der Weg zur Wahrheit war nie ein leichter. Und er war nie ein Weg der Zweckdienlichkeit.

Wenn du nach einer zweckdienlichen Lösung für einen Konflikt suchst, versuchst du alle auszuschalten, mit denen du nicht übereinstimmst. Hier besteht das Ziel nicht darin zu lieben, ja, nicht einmal zu verstehen, sondern darin, die Feinde zu vernichten. Dies war das vorherrschende Wertesystem in der gesamten Geschichte des Planeten.

**Wolfgang Geiß, Freisen**

ANZEIGE

## REISEMARKT



**Action mit wasser-craft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyon-tour €/Person 126,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at



# DP

DEUTSCHE POLIZEI



**Nr. 9 | 70. Jahrgang 2021**  
**Magazin und Organ der**  
**Gewerkschaft der Polizei**

### Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr  
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

### Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon 030 399921-0  
Telefax 030 399921-200

### Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur  
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter  
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

### Redaktionsassistentz

Johanna Treuber  
gdp-pressestelle@gdp.de  
Telefon 030 399921-113  
Telefax 030 399921-29113

### Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

### Titelbild

katatonia/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

### Verlag

**Deutsche Polizeiliteratur GmbH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**  
Forststr. 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-183  
Telefax 0211 7104-174  
av@vdp-polizei.de

### Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

### Anzeigenleitung

Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeils in der Mitte des Heftes.

### Druckauflage

193.043 Exemplare  
ISSN 0949-2844



**WISSEN, WAS ZÄHLT**  
Geprüfte Auflage  
Klare Basis für den Werbemarkt

### Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 1452, 47594 Geldern  
Telefon 02831 396-0  
Telefax 02831 396-89887  
av@vdp-polizei.de

# STRAFRECHT

## Fälle zum Strafrecht für Polizeibeamte

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler.**

2. Auflage 2019

**Umfang:** 308 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0825-0**

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.

## Strafrecht für Polizeibeamte

Von **Holger Nitz**.

**Band 1:** Grundlagen und Delikte gegen die Person

7. Auflage 2021

**Umfang:** 288 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0895-3**

**Band 2:** Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

6. Auflage 2021

**Umfang:** 320 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0900-4**



### DIE AUTOREN

**Dr. Barbara Blum**, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Bielefeld.

**Dr. Frank Hofmann**, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Abteilung Münster.

**Dr. Eva Kohler**, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der HSPV NRW, Studienort Dortmund.



### DER AUTOR

**Dr. Holger Nitz**, Leitender Regierungsdirektor, Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht an der HSPV NRW, Leiter der Abteilung Köln.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# DIE HUNTER EINSATZTASCHEN

Sehr strapazierfähige Einsatztaschen mit strukturierter Oberflächenbehandlung. Durch variable Innenraumeinteilung und hohe Abriebfestigkeit jeder Aufgabe gewachsen.



## Hunter I

Hochwertige Ausführung Doppelläufer-Reißverschlüsse, abschließbar, mit verlängerter Textilschleufe und Druckknöpfe (Made in Germany). Zwei Einstecktaschen mit Gummizug, uvm.

250188

☀ 46,95 € 58,75 €

## Hunter II

GdP Logo außen, gestickt. Doppelläufer-Reißverschlüsse ohne Textilschleufe, abschließbar, Druckknöpfe. Zwei Einstecktaschen ohne Gummizug, uvm.

251188

☀ 34,95 € 41,95 €

Detaillierte Produktbeschreibungen unter:  
[www.osg.werbemittel.de](http://www.osg.werbemittel.de)

## Einsatzrucksack „Rescue“

Praktischer Einsatzrucksack mit Molle-System, zur Befestigung von diversen Zubehörtaschen. Abriebfestes Nylon Material, großes Hauptfach, zusätzliches Ordnungsfach, uvm.

252188

☀ 45,95 € 57,95 €

Aufgrund der anhaltend angespannten Kostensituation auf den Beschaffungsmärkten sowie bei den weltweiten Frachtraten müssen wir bei unseren Mehler Law Enforcement Produkten ab dem 1.10. eine Preisanpassung vornehmen.



## Klettschild für Hunter-Taschen

Grundmaterial silber, Schrift schwarz.

251288 JUSTIZ

251388 ZOLL

251488 GdP-Stern mit Schriftzug  
Gewerkschaft der Polizei

☀ 4,00 € 4,95 €



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
[osg.werbemittel@gdp.de](mailto:osg.werbemittel@gdp.de) · [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)

Angebot gültig bis 30.09.2021!

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche  
Produkte finden Sie unter:

[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)